

Dokumentation



Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft

Vernetzt für eine starke Demokratie

Fachtag in Görlitz

01.02.2012

Eine Veranstaltung der



In Kooperation mit



Netzwerk für
Demokratie und
Courage e.V.



Kirchenkreis
Niederschlesische
Oberlausitz



Konrad
Adenauer
Stiftung



Kriminalpräventiver
Rat Landkreis
Görlitz



Kulturbüro Sachsen
e.V.

Inhalt

Grußwort des Bundesinnenministers Dr. Hans-Peter Friedrich

Vortrag Prof. Dr. Anton Sterbling

Protokolle der Arbeitsgruppen

- AG 1 Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung
- AG 2 Raus in die Zukunft. z. B. Aussteigerprogramm Sachsen
- AG 3 Löschen bevor es brennt. Präventionsangebote
- AG 4 Die Qual mit der Zahl. Rechtsextreme Symbolik und Musik
- AG 5 Kultur des Widerstandes. Best practice – Erfahrungen – Strategien
- AG 6 Was hindert uns am Widerstand? Hemmnisse erkennen und überwinden
- AG 7 Kirche mischt sich ein? Kirche als „zivilgesellschaftlicher“ Akteur
- AG 8 Allein gelassen ?! Wie aus Sicht Betroffener rechter Gewalt Unterstützung aussehen sollte
- AG 9 Heimat – Volk – Familie. Missbrauchte Werte.
- AG 10 Mehr Demokratie wagen - auch in der Schule

Grußwort

Unsere Demokratie bildet die Grundlage für das Zusammenleben von über 80 Millionen Menschen in unserem Land. Sie gewährleistet, dass wir in Freiheit leben können. Auch wenn uns diese Freiheit oft selbstverständlich erscheint, wissen wir doch: Sie lebt von unserer überzeugten und kraftvollen Mitarbeit. So ist es beispielsweise immer wieder an uns, Demokratie und Freiheit gegen ideologische Intoleranz zu verteidigen.

Dies gelingt uns am besten dort, wo wir diese Werte mit Leben füllen: Die Möglichkeit, sich für andere einzubringen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer sich politisch, kirchlich oder in einem anderen Ehrenamt für seine Mitmenschen einsetzt, entwickelt automatisch ein sensibles Bewusstsein für den unschätzbaren Wert unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsform.

Daher weiß ich es besonders zu schätzen, dass Sie unter dem Motto „Vernetzen für die Demokratie“ dort ansetzen, wo die demokratische Kultur gelebt wird – vor Ort. Ein vernetztes Handeln stärkt das Engagement, die Kreativität und die Erfolgsaussichten aller Beteiligten. Die Förderung einer solchen Vernetzung gelingt deshalb vor allem in dem Bewusstsein, dass man in der Gemeinschaft wirkungsvoller arbeitet und dabei auch mehr Freude verspürt. Nur wer voneinander weiß, kann voneinander inspiriert oder motiviert werden; nur wer voneinander weiß, kann voneinander lernen. Regelmäßige Tagungen – wie Ihre – leisten dazu einen wesentlichen Beitrag.

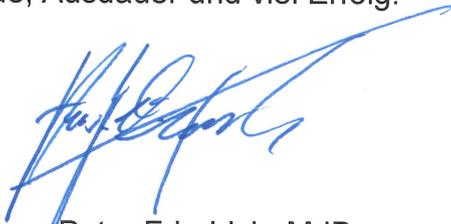
Das Bundesministerium des Innern fördert mit seinem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement, politische und soziale Teilhabe und nachhaltige Prävention gegen Extremismus und Gewalt. Ziel ist es, Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben zu stärken und so der Entwicklung von Extremismus sowie Vorurteils- und Gewaltkriminalität entgegen zu wirken.

Auch hier in Sachsen werden gerade solche Projekte gefördert, die die direkte Vernetzung zwischen den Trägern des Engagements, den Verantwortlichen und den Kommunen stärken. „Zusammenhalt durch Teilhabe“ stärkt das zweifellos bereits vorhandene Potenzial der demokratischen Akteure vor Ort. Unser Augenmerk gilt dabei auch Projekten im ländlichen Raum, die von einer Vernetzung mit Gleichgesinnten besonders stark profitieren. In Sachsen unterstützen wir insgesamt 20 Projekte mit einem Fördervolumen von mehr als 2,5 Millionen Euro bis zur Mitte des kommenden Jahres.

Wir alle teilen das Ziel stabiler demokratischer Strukturen. Auf dem Weg dorthin brauchen wir die Unterstützung möglichst vieler Menschen, die ihre Rolle als mündige Staatsbürgerinnen und -bürger ernst nehmen und sich für unser Gemeinwesen mitverantwortlich fühlen. So entsteht eine Kultur, in der extremistische und verfassungsfeindliche Strömungen keinen Platz finden.

Ich danke Herrn Landesbischof Bohl und Herrn Bischof Reinelt für die Initiative, diese Reihe in der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen nun als regelmäßige Tagung zu organisieren. Gemeinsam mit der Polizei in Sachsen ist es Ihnen gelungen, den notwendigen Austausch zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft für Demokratie und gegen Extremismus zu ermöglichen.

Für Ihre Fachtagung und die weitere vor Ihnen liegende Arbeit wünsche ich Ihnen Freude, Ausdauer und viel Erfolg.



Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB
Bundesminister des Innern

Rechtsextremismus

Ursachen, lokale Aspekte und Handlungsmöglichkeiten

Anton Sterbling

Mit den Erkenntnissen über die rechtsextremistische Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), ihre Mordserie, Überfälle, Anschläge, Selbstdarstellungen und weiteren Pläne, aber auch ihre schrittweise erkennbaren Vernetzungen in der rechtextremen Szene, ging eine Schock- und Entrüstungswelle durch die Bundesrepublik Deutschland. Neben Unfassbarkeit, misstrauischen Zweifeln und Empörung wurde dabei von vielen maßgeblichen Seiten gründliche Aufklärung und Ursachenforschung wie auch konsequentes Handeln gefordert. Die politischen Reaktionen ließen in diesem Sinne ebenfalls kaum auf sich warten. So wurde rasch ein Zentralregister¹ für Rechtsextremisten vorgeschlagen, und auch ein NPD-Verbot kam erneut kontrovers ins Gespräch. Bei aller Anspannung und Emotionalität, die dabei gegeben erscheint, sollte man sich doch nicht zu voreiligen und zu kurz greifenden Ursachenzuschreibungen und zu keinen allzu kurz-sichtigen Reaktionen verleiten lassen. Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland ist – insbesondere nach der deutschen Wiedervereinigung – ein vielschichtiges und komplexes Phänomen, dessen Analyse und Eindämmung ein konsequentes Vorgehen und – mit Max Weber gesprochen – zugleich ein „starkes und langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß“² erforderlich macht.

In diesem Beitrag soll daher zunächst eine allgemeine wie auch eine typologisch differenzierende Erfassung und Beschreibung verschiedener Erscheinungsformen und Facetten des Rechtsextremismus in Deutschland vorgenommen werden, um auch dessen komplexe Verursachung besser erkennbar zu machen. Auf

¹ Siehe: „Reaktionen auf rechtsextreme Gewalt. Innenminister Friedrich will Zentralregister für Neonazis“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, vom 16. November 2011, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/reaktionen-auf-rechtsextreme-gewalt-innenminister-friedrich-will-zentralregister-fuer-neonazis-11530434.html> (Zugriff, am 17.11.2011).

² Siehe dazu: Weber, Max: Politik als Beruf, in: Weber, Max: Politische Schriften, Tübingen⁵1988 (S. 505-560), vgl. S. 560.

eigene empirische Untersuchungen im Zeitraum 1998 und 2008 in den Städten Hoyerswerda und Görlitz gestützt, sollen in einem zweiten Schritt sowohl Aspekte der Wahrnehmung rechtsextremistischer Erscheinungen durch die Bürger, wie auch mögliche strukturelle Ursachen bestimmter euroskeptischer wie auch zumindest latent fremdenfeindlicher Einstellungen und Haltungen im regionalen Kontext aufgezeigt werden. Schließlich sollen einige Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsmöglichkeiten in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen umrissen werden, wohl wissend, dass noch vieles darüber hinaus zu tun bleibt.

I. Rechtsextremismus – ein komplexes Phänomen

Vieles, was den Rechtsextremismus als ein europaweites Phänomen allgemein betrifft, ist bekannt³ und kann daher in wenigen Stichworten zusammengefasst werden: Die rechtsextremistische Weltanschauung ist *antidemokratisch*, *antiliberal*, *antipluralistisch* und entsprechend *intolerant*. Sie ist in einem allgemeinen oder speziellen Sinne *fremdenfeindlich* oder *rassistisch*, wobei häufig ein antisemitischer und – insbesondere in Ostmittel- und Südosteuropa weit verbreitet – auch ein gegen die Roma gerichteter Rassismus in Erscheinung tritt.⁴ Der organisierte Rechtsextremismus ist *autoritär* bis hin zur Orientierung an einem ausgeprägten *Führerprinzip*. Zugleich ist vielfach ein ideologisiertes, aber auch lebensweltlich zum Teil hoch emotionalisiert in Erscheinung tretendes, durch Musik, Symbolik und Rituale aufgeladenes *Kameradschaftsprinzip* anzutreffen. Häufig ist beim Rechtsextremismus – nicht nur in Deutschland, aber hier wegen der Besonderheiten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts in besonderer Weise ausgeprägt – eine *Fixierung auf die nationale Geschichte*, mit revisionisti-

³ Siehe zum Beispiel: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 52, Bonn 1995; Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 90, Bonn 1999; Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden ²2001; Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Bonn 2010; Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (Hrsg.): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin 2011.

⁴ Siehe auch: Schüler, Sonja: Die ethnische Dimension der Armut. Roma im postsozialistischen Rumänien, Stuttgart 2007.

schen oder revanchistischen Tendenzen gegeben. Den rechtsextremistischen Organisationen im engeren Sinne sind nicht selten mehr oder weniger unpolitische, aber nicht selten *rechtsgesinnte* und *gewaltbereite Gruppierungen* und *Milieus*, wie z.B. Skinheads, bestimmte Gruppierungen der Hooligans, diverse Kameradschaften usw., angelagert sowie enger oder loser verbunden. Schließlich muss – gerade in der Zeit fortschreitender, nicht ganz krisenfrei verlaufender europäischer Erweiterungsprozesse und nicht zuletzt des globalen Internets – auf *internationale*, europa- und weltweit ausgreifende *rechtsextremistische Kontakte* und *Netzwerke* aufmerksam gemacht werden.

Neben diesen allgemeinen Grundzügen sollte aber auch eine typologisch differenzierende Erfassung und Beschreibung der rechtsextremistischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland versucht werden. Zunächst kann darauf hingewiesen werden, dass sich die rechtsextremistische Szene mit der deutschen Vereinigung in manchen Hinsichten deutlich veränderte.⁵ So stellte Peter Carstens am 17.11.2011 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wohl zutreffend fest: „Seit Anfang der neunziger Jahre schon hat ein wachsender Rechtsradikalismus vor allem in den östlichen Bundesländern die Demokratie herausgefordert. Die im Aufbau befindlichen Polizeien und Verfassungsschutzbehörden in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern hatten es einerseits mit einer postdiktatorischen Jugendkultur zu tun, die sich orientierungslos im gesellschaftlichen Vakuum der Nachwendezeit bewegte. Andererseits zeigten sich im Osten, aber vielfach auch im Westen des Landes straff organisierte, neonazistische Organisationen, denen es zumindest zeitweise gelang, ganze Regionen zu schikanieren.“⁶ Damit stellte sich der Rechtsextremismus ab Anfang der 1990er Jahre vielschichtiger und komplexer als in der alten Bundesrepublik der Nachkriegszeit dar.

Die rechtsextremistische Szene in Deutschland ist einerseits durch eine organisatorisch weitgehende *Zersplitterung* und – bei allen weltanschaulichen Gemeinsamkeiten und punktuellen Bündnissen und Verkoppelungen – auch durch

⁵ Siehe dazu auch: Stöss, Richard: Rechtsextremismus in West- und Ostdeutschland, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 90, Bonn 1999 (S. 33-42).

⁶ Siehe: Carstens, Peter: „Rechtsextremismus in Deutschland. Tiefbraune Realitäten“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, vom 17. November 2011, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-deutschland-tiefbraune-realitaeten-11532356.html>.

eine vielfältige *Rivalität* zwischen einzelnen Strömungen und Gruppierungen gekennzeichnet. Zum anderen gehen die Verkoppelungsbeziehungen, Kontakte und Netzwerke – wie bereits erwähnt – weit über den eigentlichen politischen Rechts-Extremismus, hin zu anderen gewaltbereiten Gruppierungen und Milieus wie auch über die Staatsgrenzen hinaus.

Es sind zumindest sechs Gesichtspunkte, unter denen sich wichtige typologische Unterschiede der rechtsextremistischen Gesamtszene erfassen lassen. Natürlich sind diese nicht unabhängig voneinander, sondern vielfach miteinander verschränkt und mithin nur analytisch zu trennen.

Erstens: die konkrete *Ausprägungsform der Fremdenfeindlichkeit*, die ansonsten allen rechtsextremistischen Strömungen natürlich gemeinsam ist. Hierbei kann eine *allgemeine*, gegen alle Ausländer gerichtete Xenophobie, oder eine *spezifische*, gegen bestimmte Ausländergruppen gerichtete *Fremdenfeindlichkeit* ausgemacht werden, wobei diese *ethnisch*, *nationalistisch* oder *rassistisch* grundiert sein kann. So treffen wir vielfach auf Antisemitismus ebenso wie auf Antislamismus, auf Fremdenfeindlichkeit gegenüber Afrikanern, Farbigen oder Asiaten, auf Roma-, Tschechen- oder Polenfeindlichkeit wie selbst auf Fremdenfeindlichkeit gegenüber deutschen Aussiedlern aus Ost- und Südosteuropa.⁷

Zweitens: lassen sich, damit zusammenhängend, deutliche Unterschiede der *ideologischen Ausrichtung* und *Ausarbeitung* rechtsextremistischer Weltanschauungen erkennen.⁸ Diese reichen von einer engen Anlehnung an die nationalsozialistische Ideologie mit ihrer rassistischen und insbesondere antisemitischen Ausrichtung, mit ihrem antidemokratischen Führerkult und Führerprinzip und ihren sozialdarwinistischen Leitvorstellungen, aber auch mit antiliberalen, antiamerikanischen, antikapitalistischen, antikommunistischen und mitunter auch antichristlichen Grundmotiven und der zentralen Idee der „Volksgemeinschaft“, über eine intellektuell eher vorsichtig und subtil entwickelte Ideologie einer „neuen Rech-

⁷ Dies ist zumindest auf den ersten Blick einigermaßen erstaunlich, sind viele deutsche Aussiedler doch nicht nur erfolgreich integriert, sondern zählen nicht selten in ihren Wertorientierungen zu den eher konservativen Bevölkerungskreisen. Zu den Deutschen aus Rumänien siehe auch: Sterbling, Anton: Suchpfade und Wegspuren. Über Identität und Wanderung. Banater Bibliothek Band 8, München 2008.

⁸ Grundsätzlich zur Analyse von Ideologien und Weltanschauungen siehe: Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Frankfurt a. M. 1969; Mannheim, Karl: Wissenssoziologie, Wiesbaden ²1970; Dumont, Louis. Essais sur l'individualisme. Une perspective anthropologique sur l'idéologie modern, Paris 1985.

ten“,⁹ die sich auch in anderen westeuropäischen Ländern in verschiedenen Spielarten findet, aber meines Erachtens nicht mit konservativen Vorstellungen verwechselt werden sollte, bis hin zu ideologisch kaum näher ausgearbeiteten rechtsextremen Gesinnungen, die sich eher aus weltanschaulich diffusen und zumeist stark emotionalisierten Elementen wie (Hass-)Musik, überkommenen Symbolen,¹⁰ martialischen Ritualen, inszenierten Gemeinschaftserlebnissen usw. speisen.

Drittens: lässt sich ein unterschiedlicher *Institutionalisierungs-* und *Organisationsgrad* feststellen, der von hierarchisch straff durchgegliederten Organisationsstrukturen bis zu eher lose verkoppelten Zusammenschlüssen oder spontanen Zusammenkünften reicht. Damit unterscheiden sich auch die Arten der Finanzierung, Ressourcenausstattung, Infrastruktur, Propaganda usw.

Viertens: hängt damit ebenso zusammen, ob sich die rechtsextremistischen Organisationen in der Gestalt scheindemokratischer Parteien, wie etwa die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – die derzeit in den Landtagen des Freistaates Sachsen wie auch Mecklenburg-Vorpommerns vertreten ist – präsentieren, und damit gewissermaßen auf der politischen „Vorderbühne“ auftreten, oder aber subversiv, in Grauzonen oder im Untergrund, also auf der „Hinterbühne“, agieren.¹¹ Dabei ist natürlich bekannt, dass „Vorderbühne“ und „Hinterbüh-

⁹ Siehe auch: Stöss, Richard: Die „neue Rechte“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 52, Bonn 1995 (S. 111-127); Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Bonn 2010.

¹⁰ Die zumindest einen Teil ihrer symbolischen Bedeutung und Wirkung wohl aus ihrem *Verbot* beziehen. Es wäre aus meiner Sicht ernsthaft zu fragen, obwohl diese Frage gegenwärtig sicherlich nachrangig erscheint, ob die Aufhebung entsprechender Verbote nicht zur ohnehin erkennbaren Trivialisierung und Entmystifizierung solcher Symbole führen könnte? Dabei ist auch die sozialpsychologisch bekannte Anziehungswirkung von „Verbotenen“ auf Jugendliche in der besonders spannungsreichen Phase der Adoleszenz im Sozialisationsprozess in Rechnung zu stellen. Wird die Faszination und Verführungskraft solcher Symbole für bestimmte Gruppen durch ihr Verbot nicht gesteigert? Dies ist sicherlich aber nur eine Seite der Betrachtungen.

¹¹ Zur politischen „Vorderbühne“ und „Hinterbühne“ siehe auch: Goffman, Erving: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München ²1973; Kreutz, Hendrik: Politik, Organisierte Kriminalität und „Revolution“. Der Untergang des Zarenreichs als empirisches Beispiel für die katastrophale Folge verdeckter staatlicher Abwehrmaßnahmen, in: Organisierte Kriminalität – oder gesellschaftliche Desorganisation? Angewandte Sozialforschung, 22. Jg., Heft 3-4, Wien 2002 (S. 167-193).

ne“ selbstverständlich nicht unabhängig voneinander, sondern – ebenso wie im Theater – füreinander stets unverzichtbar sind.

Fünftens: geht es um die *Intensität der Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung*, deren Spektrum – übrigens ähnlich wie beim „Linksextremismus“ und „linken Terrorismus“ – von einer öffentlichen Zurückhaltung zumindest bei der sichtbaren Gewaltanwendung, über Drohung mit Gewalt sowie „klammheimlicher“ Billigung oder Mitwirkung bei Gewalthandlungen bis hin zur massiven demonstrativen Gewalt gegen Sachen und Menschen und letztlich auch bis zu terroristischen Überfällen, Anschlägen und Mordserien reicht.

Solche hasserfüllte Gewalt – übrigens ebenso wie die trivialere „sinnlose“ Gewalt bei Massenereignissen wie etwa Fußballspielen – hat aus sozialwissenschaftlicher Sicht kaum zu überschätzende problematische Folgen. Sie schadet nicht nur dem internationalen Ansehen und den vitalen Interessen Deutschlands und untergräbt dessen schwer erworbenes, aber heute doch weltweit erfreulich hohes Ansehen als zivilisiertes Land, sondern führt auch – wo sie massiv in Erscheinung tritt – zu Angst und Misstrauen, zu Rückzug und Resignation der Bürger und mithin zur Störung oder Lähmung des öffentlichen und sozialen Lebens, das ohne Zweifel eine wesentliche und unverzichtbare Grundlage einer aktiven und lebendigen Demokratie bildet.¹²

Sechstens: ist – und damit kommen wir gleichsam zum ersten Gesichtspunkt der Fremdenfeindlichkeit zurück – zwischen einem „latenten“ und „manifesten“ Rechtsextremismus zu unterscheiden. Wie die „latente“ und „manifeste“ Fremdenfeindlichkeit ist auch im Hinblick auf den Rechtsextremismus zwischen einer „manifesten“, in Äußerungen, Verhaltensweisen und Aktionen sichtbar werdenen Erscheinungsform und einer „latenten“, die auf entsprechende Einstellungen und Weltanschauungen beschränkt bleibt und nach außen hin kaum sichtbar wird, typologisch zu differenzieren. Wie verbreitet „latente“ Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Gesinnungen in Deutschland wie auch in verschiedenen Bevölkerungskreisen sind, ist schwer zu ermessen,¹³ zumal unterschiedliche empiri-

¹² Siehe: Sterbling, Anton: Politische Kultur und zivilgesellschaftliche Entwicklungen als Kontext internationaler Polizeiarbeit, in: Sterbling, Anton (Hrsg.): Internationale Zusammenhänge und Erfahrungen der Weiterentwicklung der Polizeiausbildung. X. Hochschuldidaktisches Kolloquium. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 47), Rothenburg/Oberlausitz 2008 (S. 107-129).

¹³ Siehe beispielsweise: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 52, Bonn 1995; Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextre-

sche Erhebungsmethoden zu verschiedenen Befunden führen. Dessen ungeachtet, kann festgestellt werden, dass „latente“ Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Einstellungen ein gefährlicher Resonanzboden für den „manifesten“ Rechtsextremismus bilden, so dass Abwehrmaßnahmen gegen entsprechende Gefahren eigentlich hier, bei der „latenten“ Fremdenfeindlichkeit und ihren verschiedenen Ursachen, ansetzen müssen. Darauf wird später noch zurückzukommen sein.

II. Wahrnehmung und mögliche strukturelle Ursachen des Rechtsextremismus – lokale Befunde

Nun sollen einige relevante Befunde aus unseren repräsentativen schriftlichen Bevölkerungsbefragungen im Zeitraum 1998 bis 2008¹⁴ kurz vorgestellt werden. Dabei ist anzumerken, dass diese Untersuchungen sich nicht unmittelbar auf politischen Extremismus oder Rechtsextremismus bezogen, sondern „subjektive“ Sicherheit und Lebensqualität zum Gegenstand hatten. Dennoch sind ihnen einige durchaus aufschlussreiche Befunde und Erkenntnisse zu unserem Diskussionsgegenstand zu entnehmen.

Zunächst ergab die „offene“ Frage nach den drei wichtigsten Problemen der Stadt, dass der politische oder religiöse Extremismus aus der Sicht der Bürger kaum dazu zählt. In der Wahrnehmung der Problemrelevanz dominierten Arbeitslosigkeit und wirtschaftsstrukturelle Probleme, in den ersten Befragungen auch stark Probleme der Sicherheit und Ordnung und der Kriminalität, in späteren Un-

me Einstellungen in Deutschland 2010, Bonn 2010; Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (Hrsg.): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin 2011.

¹⁴ Siehe dazu insbesondere: Burgheim, Joachim/Sterbling, Anton: Hoyerswerda: Modell kommunaler Kriminalprävention in Sachsen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Konstanz 1999; Burgheim, Joachim/Sterbling, Anton: Subjektive Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz, Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen (Band 4), Rothenburg/Oberlausitz 2000; Sterbling, Anton/Burgheim, Joachim: Nochmals Hoyerswerda: Lebensqualität und subjektive Sicherheit – eine Wiederholungsuntersuchung, Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen (Band 17), Rothenburg/Oberlausitz 2004; Sterbling, Anton/Burgheim, Joachim: Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen (Band 27), Rothenburg/Oberlausitz 2006; Sterbling, Anton: Entwicklungen der subjektiven Sicherheit und Lebensqualität. Zehn Jahre Bevölkerungsbefragungen in Hoyerswerda und Görlitz 1998-2008. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 48), Rothenburg/Oberlausitz 2008.

tersuchungen rückten auch immer stärker Probleme der Abwanderung und der Altersstruktur in den Vordergrund.

Tabelle 1: Anteil der Bürger, die den politischen oder religiösen Extremismus als eines der drei wichtigsten Probleme ihrer Stadt betrachteten (in Prozent)

Hoyerswerda 1998	Görlitz 1999	Hoyerswerda 2002	Görlitz 2004	Hoyerswerda 2008
1,8 %	1,2 %	1,6 %	2,8 %	0,9 %

Wie der Tabelle 1 zu entnehmen ist, waren es durchgängig nur knapp 1 bis 3 Prozent der befragten Bürger, die den politischen oder religiösen Extremismus als eines der drei wichtigsten Probleme ihrer Stadt bezeichneten. Wenn ein Problem nicht zu den drei wichtigsten und dringlichsten Problemen zählt, heißt dies allerdings noch nicht, dass es unbedeutend oder unwichtig ist, sondern es ist lediglich davon auszugehen, dass es aus der Sicht der Bürger noch gravierendere Probleme gibt. In dieser Hinsicht sind die Befunde einer weiteren Frage durchaus aufschlussreich und weiterführend (Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteil der Bürger, die sich über den politischen Extremismus in ihrer eigenen Stadt beunruhigt zeigten (in Prozent)

Hoyerswerda 1998	Görlitz 1999	Hoyerswerda 2002	Görlitz 2004	Hoyerswerda 2008
20 %	22 %	20 %	28 %	18 %

In vier der fünf Untersuchungen nannten etwa ein Fünftel der Befragten (18 bis 22 Prozent) den politischen Extremismus vor Ort als einen wichtigen Grund ihrer Beunruhigung. Dabei erfolgte allerdings keine Unterscheidung zwischen Rechts- und Linksextremismus. In Görlitz waren es 2004 sogar 28 Prozent, die sich entsprechend äußerten. In der Befragung waren, in Anlehnung an einschlägige Untersuchungen, jeweils 14 unterschiedliche Gründe der Beunruhigung – zumeist Delikte oder Gefahren, von denen eine Bedrohung der öffentlichen oder persönlichen Sicherheit ausgehen (z.B. Vandalismus/Rowdytum, Eigentumsdelikte, Gewaltdelikte, Verkehrsrowdytum, Internationaler Terrorismus usw.) – vorgegeben, unter denen die drei wichtigsten zu nennen waren.

Die entsprechenden Befunde zeigen sicherlich ein bedenkliches Maß an Besorgnis wegen extremistischer politischer Gegebenheiten in der eigenen Stadt an.

Dabei hatten insbesondere noch in der Ausbildung befindliche jüngere Befragte mit deutlichem Abstand die größte Besorgnis im Hinblick auf politischen Extremismus geäußert. Im Vergleich zu anderen Gründen der Besorgnis wie etwa Vandalismus/Rowdytum oder Eigentumsdelikte, Gewaltdelikte oder Verkehrsrowdytum, die teilweise von mehr als die Hälfte der Befragten angesprochen wurden, kann dieses komparativ aber doch eher als ein mittleres Beunruhigungsniveau betrachtet werden.¹⁵

Wenn im Folgenden einige Aspekte der Bewertung der EU-Erweiterung durch die befragten Bürger angesprochen werden, so sei zunächst klargestellt, dass eine negative oder sehr negative Einschätzung dieses Prozesses im Einzelfall verschiedene Gründe haben kann, von denen Fremdenfeindlichkeit oder gar „latent“ oder „manifest“ rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensneigungen nur zwei unter mehreren und wohl vielfach auch unterschiedlichen Motiven solcher Bewertungen sein dürften, deren Relevanz und Gewicht aus den vorliegenden Befunden nur schwer abgeschätzt werden können. Dessen ungeachtet, kann man allerdings annehmen, dass Fremdenfeindlichkeit oder rechte Einstellungen in ihrer Konsequenz wohl häufig zur Ablehnung der Europäisierungprozesse führen, so dass daran anschließende Analysen daher möglicherweise zur Erhellung einiger dabei relevanter struktureller Ursachen und Zusammenhänge beitragen können. Zunächst zu den Befunden selbst – dann zu ihrer weitergehenden strukturanalytischen Aufschließung.

Tabelle 3: Beurteilung der EU-Erweiterung durch die befragten Bürger

Beurteilung	sehr positiv	eher positiv	teils/ teils	eher negativ	sehr negativ
<i>Hoyerswerda 2008</i>	38	128	378	99	35
<i>Hoyerswerda 2008</i>	(5,5 %)	(18,4 %)	(54,5 %)	(14,3 %)	(5,0 %)
Görlitz 2004	(10,2 %)	(23,4 %)	(47,1 %)	(13,0 %)	(5,7 %)

* 2008 gaben 5,0 Prozent und 2004 lediglich 0,6 Prozent bei dieser Frage keine Antwort

Die EU-Erweiterung wurde bei der Untersuchung 2008 in Hoyerswerda von 5,5 Prozent der Befragten „sehr positiv“, von weiteren 18,4 Prozent „eher positiv“,

¹⁵ Siehe: Sterbling, Anton: Entwicklungen der subjektiven Sicherheit und Lebensqualität. Zehn Jahre Bevölkerungsbefragungen in Hoyerswerda und Görlitz 1998-2008. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 48), Rothenburg/Oberlausitz 2008, insb. S. 112 ff, vgl. S. 115.

von 14,3 Prozent „eher negativ“ und von 5 Prozent „sehr negativ“ beurteilt, während mehr als die Hälfte (54,5 Prozent) der Befragten mit „teils/teils“ antworteten. In Görlitz 2004 betrachteten 10 Prozent der Befragten die EU-Erweiterung „sehr positiv“ und weitere 23 Prozent „eher positiv“. Fast die Hälfte der Befragten (47,1 Prozent) ließen auch in Görlitz eine ambivalente Haltung erkennen. „Eher negativ“ beurteilen 13 Prozent die EU-Erweiterung und 5,7 Prozent äußerten dazu eine sehr negative Meinung. Im Vergleich Hoyerswerda und Görlitz ist festzustellen, dass der Anteil derjenigen, die die EU-Erweiterung vorwiegend negativ betrachten, mit etwa 19 Prozent ähnlich hoch erscheint.

Eine nähere Analyse zeigt, dass alle wichtigen soziodemographischen Merkmale einen statistisch hoch signifikanten Zusammenhang mit der Einschätzung der EU-Erweiterung erkennen lassen. Neben durchaus zu erwartenden Befunden wie etwa, dass Arbeitslose die EU-Erweiterung viel negativer als Vollzeitbeschäftigte, dass Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen zu deutlich negativeren Einschätzungen als Hochschulabsolventen und dass Frauen zu einer ambivalenteren (teils/teils) und Männer zu einer polarisierteren Beurteilung der EU-Erweiterung neigen, war doch ein Ergebnis zunächst etwas erstaunlich.

Tabelle 4: Beurteilung der EU-Erweiterung – altersspezifische Befunde

Anteil Alter	vorwiegend positiv*	teils/ teils	vorwiegend negativ*
14 –19	29,2 %	48,8 %	19,0 %
20 - 24	10,3 %	62,1 %	27,6 %
25 - 29	20,7 %	41,4 %	37,9 %
30 - 34	20,7 %	48,3 %	31,0 %
35 - 39	21,2 %	60,6 %	18,2 %
40 - 44	18,4 %	65,3 %	16,3 %
45 - 49	31,9 %	39,1 %	29,0 %
50 - 54	27,3 %	52,7 %	20,0 %
55 - 59	25,8 %	54,5 %	19,7 %
60 - 64	19,6 %	54,9 %	25,5 %
65 und älter	26,3 %	62,5 %	11,2 %
Chi-Quadr. 72,109	Df = 30	p = 0,001 < 0,01, h.s.	

* Vorwiegend positiv ist die Summe von „sehr positiv“ und „eher positiv“, vorwiegend negativ die Summe von „eher negativ“ und „sehr negativ“.

Während bei der Untersuchung in Görlitz sich die mittleren Altersgruppen am negativsten zur EU-Erweiterungen äußerten,¹⁶ während die jungen und älteren Altersgruppen zu deutlich positiveren Einschätzungen gelangten, waren es in Hoyerswerda 2008 die jüngeren Altersgruppen, insbesondere die der 20 bis 34-Jährigen, die die negativste Haltung erkennen ließen (Tabelle 4).

Bei den 20 bis 24-Jährigen beurteilten 27,6 Prozent, bei den 25 bis 29-Jährigen sogar 37,9 Prozent und bei den 30 bis 34-Jährigen 31 Prozent die EU-Erweiterung vorwiegend negativ. Ein ähnlich hoher Anteil an Befragten, die die EU-Erweiterung negativ beurteilten, findet sich lediglich bei der Altersgruppe der 45 bis 49-Jährigen. Wie ist dies – und vor allem der Unterscheid zwischen Görlitz und Hoyerswerda – zu erklären?

Tabelle 5: Zusammenhänge zwischen Alter und Ausbildungsabschlüssen

Anteil	noch in der Ausbildung	kein Abschluss	beruflicher Abschluss	Hochschule/ Fachhochschule
Alter				
14 – 19	95,0 %	2,5 %	2,5 %	0,0 %
20 - 24	37,9 %	13,8 %	44,8 %	3,5 %
25 - 29	3,7 %	11,1 %	70,4 %	14,8 %
30 - 34	0,0 %	10,0 %	83,3 %	6,7 %
35 - 39	0,0 %	0,0 %	90,9 %	9,1 %
40 - 44	0,0 %	2,1 %	85,1 %	12,8 %
45 - 49	0,0 %	1,4 %	71,8 %	26,8 %
50 - 54	0,0 %	1,8 %	78,2 %	20,0 %
55 - 59	3,1 %	1,6 %	62,5 %	32,8 %
60 - 64	0,0 %	2,0 %	74,0 %	24,0 %
65 und älter	0,0 %	7,0 %	63,6 %	29,4 %
Chi-Quadr. 547,297	Df = 30	p = 0,000 < 0,01, h.s.		

Eine Erklärungsmöglichkeit ergibt sich, wenn man einen genaueren Blick auf die Bildungsabschlüsse der einzelnen Altersgruppen wirft (Tabelle 5). Dabei wird rasch erkennbar, dass neben denen, die sich noch in einer Ausbildung befinden, in der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen 13,8 Prozent, in der Altersgruppe der

¹⁶ Siehe: Sterbling, Anton/Burgheim, Joachim: Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen (Band 27), Rothenburg/Oberlausitz 2006, S. 163 ff.

25 bis 29-Jährigen 11,1 Prozent und in der Altersgruppe der 30 bis 34-Jährigen 10 Prozent angeben, dass sie über keinen Ausbildungsabschluss verfügen. Diese Anteile sind nicht nur auffällig höher als bei den anderen Altersgruppen, sondern auch deutlich höher als bei vergleichbaren Altersgruppen in der Bundesrepublik Deutschland.¹⁷ Dies ist wohl das Ergebnis starker und zugleich sozialdemographisch selektiver Abwanderungsprozesse.

Betrachtet man in einer weitergehenden Analyse nun die Beurteilungen der EU-Erweiterung allein durch die drei zusammengefassten Altersgruppen der 20 bis 34-Jährigen und berücksichtigt man dabei zugleich deren Ausbildungsabschlüsse, so fällt auf, dass seitens der Befragten ohne Ausbildungsabschlüsse aus diesen drei Altersgruppen ganze 20 Prozent die EU-Erweiterung „sehr negativ“ beurteilen. Bei allen Befragten in Hoyerswerda 2008 waren dies indes nur 5 Prozent und in Görlitz 2004 lediglich 5,7 Prozent. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass es relativ geringe Fallzahlen sind, mit denen wir es zu tun haben, wird man doch zu dem Schluss kommen müssen, dass gerade jüngere Menschen mit fehlenden Ausbildungsabschlüssen zu einer viel stärkeren Ablehnung der EU-Erweiterung als andere Bevölkerungsgruppen neigen.

Dies bestätigt die Befunde anderer Untersuchungen. Es sind vor allem die „Modernisierungsverlierer“ im Europäisierungsprozess¹⁸ und insbesondere die Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen und beruflichen Qualifikationen, es sind die „Immobilien“ in wirtschaftlich strukturschwachen Abwanderungsregionen, die zur verstärkten Ablehnung von EU-Erweiterung und weiteren Europäisierungsprozessen tendieren.

Selbst, wenn solche Ablehnung nur ein schwacher Indikator für Fremdenfeindlichkeit oder gar rechtsextreme Einstellungen sein sollte, enthüllt dies doch auch in unserer Untersuchung zumindest indirekt einige der Hauptursachen des

¹⁷ Siehe dazu auch: Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftliche Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, Wiesbaden ⁵2008, insb. S. 273 ff; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008, insb. S. 51 ff.

¹⁸ Siehe: Vobruba, Georg: Die Dynamik Europas, Wiesbaden 2005; Heidenreich, Martin (Hrsg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit, Frankfurt a. M. 2006; Bach, Maurizio/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziale Ungleichheit in der erweiterten Europäischen Union, Beiträge zur Osteuropaforschung 14, Hamburg 2008; Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Globalisierung, Europäisierung, Regionalisierung – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Erscheinungsformen und Auswirkungen im östlichen Europa, Beiträge zur Osteuropaforschung 16, Hamburg 2009; Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Europäische Entwicklungsdynamik, Beiträge zur Osteuropaforschung 17, Hamburg 2009.

Rechtsextremismus, insbesondere in Ostdeutschland und unter jüngeren Menschen. Es sind dies – sehr zugespitzt gesagt – mangelnde Bildung, ungünstige berufliche und soziale Aussichten – und auf Grund dessen auch „Angst vor dem und den Fremden“ sowie eine entsprechende Ursachenzuschreibung bezüglich der eigenen prekären Situation. Dass soziale Deprivationen nicht nur in Abgrenzungen, in Fremdenfeindlichkeit oder Fremdenhass, in Vorurteilen und Feindbildern in Erscheinung treten, sondern auch in ideologisch, insbesondere rassistisch, ethnozentrisch, nationalistisch oder auch religiös begründeter Selbstüberhöhung ihren Ausdruck finden,¹⁹ die von intellektuell begabten Demagogen natürlich leicht manipuliert werden können, ist ein ebenso trauriges wie sehr bekanntes Reaktionsmuster. Dass sich daraus dann auch leicht Gewalthandlungen ergeben, ist auch reichlich bekannt, wie uns nicht zuletzt auch die Erfahrungen auf dem Balkan lehren.²⁰

III. Handlungsmöglichkeiten

Ein wichtiger Schlüssel zur Problemlösung liegt im Bereich der Bildung und Ausbildung.²¹ Dabei geht es darum, dass die Sozialisation- und Integrationsfunktion der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen gegenüber der Selektionsfunktion, die heute in der Wahrnehmung vieler im Mittelpunkt steht, gestärkt werden. Das heißt, es sollte weniger um Noten, sondern mehr um Wissens- und Wertevermittlung gehen, wobei auch jene unbedingt erreicht werden müssen, bei denen massive Defizite der primären Sozialisation – also ein weitgehendes Versagen der Elternhäuser – vorliegen. Zur Bildung gehört auch der Erziehungsauftrag der Schulen, der heute vielfach vergessen wird. Natürlich meine ich nicht die dogma-

¹⁹ Siehe auch: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 52, Bonn 1995; Jaschke, Hans-Gerd: Rechts-
extremismus und Fremdeindlichkeit, Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden ²2001.

²⁰ Siehe auch: Halpern, Joel M./Kideckel, David A. (eds.): Neighbors at War. Anthropological Perspectives on Yugoslav Ethnicity, Culture, and History, Pennsylvania 2000; Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (Hrsg.): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin 2011.

²¹ Ich meine dies ganz allgemein, im Sinne bürgerlicher Bildungsvorstellungen, aber durchaus auch im Sinne der bildungspolitischen Forderungen der 1960er Jahre. Siehe dazu etwa: Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965.

tische Aufstellung und Einforderung von moralisch wie auch immer begründeten Geboten und Verboten, sondern einen *erziehenden Unterricht*, bei dem sich aus der Auseinandersetzung mit passenden Unterrichtsgegenständen auch eine Vermittlung und Festigung von Werten und Tugenden ergibt. Nicht von Werten schlechthin, sondern von „bürgerlichen“ oder „zivilgesellschaftlichen“ Werten, wie wir sie zwanglos in der abendländischen Kulturtradition finden, wie Freiheit und Gleichheit, Redlichkeit, Verantwortungsbereitschaft und Ehrlichkeit, Leistungsbereitschaft und Gemeinsinn, Respekt, Mitmenschlichkeit und Solidarität usw. Im Bildungs- und Ausbildungssystem darf nichts unterlassen werden, damit möglichst jedes Kind und jeder Jugendliche eine Wissens-, Orientierungs- und Wertegrundlage vermittelt bekommt, so dass sie später beruflich und sozial eine realistische Chance haben. Ich weiß, was ich von Lehrern, Pädagogen, Schulpsychologen und Jugendarbeitern erwarte, ist, nicht zuletzt angesichts des weitgehenden Versagens vieler Elternhäuser, nicht leicht zu erbringen. Aber, man sollte nicht vergessen, diese Berufsgruppen sind in der Bundesrepublik Deutschland, übrigens auch im internationalen Vergleich, gut bezahlt und professionell ausgebildet, so dass man von ihnen Motivation, Verantwortlichkeit und Leistungsbereitschaft erwarten können sollte, haben sie durch ihre Tätigkeit doch einen wichtigen „Schlüssel“ für die gesamte Zukunft unserer Gesellschaft in der Hand.

Neben der Bildung und Ausbildung, neben der Qualifikation, sind natürlich auch beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische sowie wirtschaftstrukturelle Maßnahmen wichtige Ansatzpunkte, damit sich junge Menschen nicht von vornherein abgehängt und auf Dauer chancenlos sehen. Mir ist natürlich bekannt, dass die Jugendarbeitslosigkeit gegenwärtig in Deutschland, insbesondere verglichen mit Ländern wie Spanien oder Griechenland,²² wo gut ein Drittel bis zur Hälfte aller jungen Menschen arbeitslos sind oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen, erfreulich niedrig ist und auf Grund erwartbarer demographischer Entwicklungen sich noch weiter entspannen dürfte. Dennoch gibt es bestimmte Regionen und soziale Milieus in Deutschland, vor allem in wirtschaftlich strukturschwachen Randregionen, zu denen auch die Oberlausitz zu zählen ist, in denen insbesondere gering qualifizierte junge Menschen beruflich und sozial nur

²² Die Arbeitslosenquote junger Menschen lag im Sommer 2011 in Spanien bei 46 Prozent, in Griechenland bei 38,5 Prozent und in Deutschland indes nur bei 9,1 Prozent. Siehe auch: Hohe Arbeitslosigkeit. Europas Jugend ohne Zukunft, in: Spiegel-Online, Wirtschaft, vom 11. August 2011, unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,779610,00.html>.

schlechte Aussichten haben. Kommt noch soziale Immobilität in solchen Milieus hinzu, so kann dies zu früher Resignation und Fatalismus oder aber zu abweichendem Verhalten (Alkoholismus, Drogensucht usw.), zur Kriminalität und auch zu politischer Radikalisierung führen.

In Rand- und Grenzregionen wie der Oberlausitz ist – insbesondere nach den Grenzöffnungen infolge der Ausweitung des „Schengen-Raumes“²³ – sicherlich darauf zu achten, dass die grenzüberschreitende Kriminalität und die organisierte Kriminalität wirksam bekämpft werden, damit sich keine latent oder manifest fremdenfeindlichen Einstellungen und Haltungen in der Bevölkerung ausbreiten und verfestigen. Denn Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung sind neben Indifferenz, Angst oder fehlender Zivilcourage jene Grundhaltungen, die für den militanten Rechtsextremismus einen günstigen Resonanzboden oder zumindest eine stillschweigende Billigung schaffen.

Wenn gegenwärtig im Hinblick auf den Rechtsextremismus von einer rasch zu verbessernden Kommunikation, Koordination und Zusammenarbeit zwischen einzelnen zuständigen Institutionen und Sicherheitsbehörden, also zwischen Verfassungsschutzämtern, den Polizeien der Länder, der Justiz usw. gesprochen wird, so gilt dies im übertragenen Sinne auch für eine wirksame Bekämpfung der Grenzkriminalität, wobei es hier auch und vor allem um eine Verbesserung der internationalen, der grenzüberschreitenden Kooperation geht. Auf diesem Gebiet wurden in den letzten Jahren gerade im Freistaat Sachsen und in der Polizeidirektion Görlitz beachtliche Fortschritte bei der Zusammenarbeit mit entsprechenden Einrichtungen in Polen und in der Tschechischen Republik erzielt. Dennoch bleibt im Hinblick auf die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität noch manches zu tun, sollte diese nicht ein Dauerärgernis betroffener Bürger sowie ein willkommener Ansatzpunkt rechtsextremistischer Propaganda bleiben.

Ähnlich wie mit der Grenzkriminalität verhält es sich auch mit der sozialen Integration von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern. Erst eine tatsächlich gelungene wirtschaftliche, berufliche, sprachliche, kulturelle, normative, sozialpolitische, politische und bürgerrechtliche Eingliederung aller Ausländer, auch solcher, die aus unserer Kultur recht fremden Religions- und

²³ Siehe auch: Sterbling, Anton: Entwicklungen der subjektiven Sicherheit und Lebensqualität. Zehn Jahre Bevölkerungsbefragungen in Hoyerswerda und Görlitz 1998-2008. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 48), Rothenburg/Oberlausitz 2008, insb. S. 156 ff.

Kulturkreisen kommen, vermindert die soziale Distanz, die Ablehnungshaltungen und latente Fremdenfeindlichkeit, vermindert die in manchen Bevölkerungskreisen durchaus gegebene Angst vor „Überfremdung“ oder der Entstehung von „Parallelgesellschaften“.²⁴ Gerade aber diese latente Fremdenfeindlichkeit in bestimmten Bevölkerungskreisen, die sich aus welchen Vorurteilen, Stereotypen oder Erfahrungszusammenhängen auch immer ergeben, gilt wohl als zentraler Ansatzpunkt rechtsextremistischer Propaganda, Aktionen und Gewalthandlungen. Vielfach gut organisierten und mit entsprechenden Mitteln und Ressourcen ausgestatteten Rechtsextremisten gelingt es – gerade in den ostdeutschen Bundesländern – mitunter recht wirksam, ihre entsprechenden „Botschaften“ insbesondere jungen Menschen gegenüber mit Musik, Symbolen oder Gemeinschaftsangeboten zu vermitteln. Dabei sind solche „Botschaften“ offenbar umso erfolgreicher, je weniger sie auf einen gefestigten Bildungshintergrund bei den Adressaten, sondern auf eine Haltung beruflicher und sozialer Aussichtslosigkeit treffen. Zur Bildungslosigkeit gehören in vielen Fällen sicherlich auch das fehlende Wissen und die mangelnde Aufklärung über autoritäre und totalitäre Herrschaftsformen, über Diktaturen.

Aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts haben wir lernen müssen, dass es ideologisch verblendeten oder überforderten Menschen mitunter einfacher erscheint, die Herausforderungen der Freiheit und der Selbständigkeit und die Pflichten der Mündigkeit gegen die Homogenisierung und die Gleichschaltungen eines totalitären Systems mit einer bestimmenden Ideologie einzutauschen und sich gefügig in dessen Dienst zu stellen.²⁵ Gleichzeitig wissen wir aus dieser Geschichte aber auch, dass der Preis für das Individuum, soweit dies erfolgt ist, sehr hoch sein kann. Dabei geht es keineswegs nur um Wohlstandsverluste oder Einschränkungen der Bewegungs- und Handlungsfreiheit, keineswegs nur um Willkür, Repression und Bedrohungen, die für die Aufrechterhaltung totalitärer Sys-

²⁴ Zum soziologischen Verständnis von sozialer Integration siehe näher: Sterbling, Anton: Soziale Integration – soziologische Anmerkungen zu einem vielfach in der Schwebe gehaltenen Begriff, in: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven. Hamburg 2003 (S. 471-485).

²⁵ Siehe: Lepsius, M. Rainer: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Göttingen 1993.

teme wohl unverzichtbar sind,²⁶ sondern um weitaus mehr. Nämlich um die Vernebelung und Einebnung des Denkens mit seinen Höhen und Tiefen, um den Verlust an selbstbestimmten moralischen Glaubens- und Handlungsfreiheiten, um den Verlust einer geistig selbsterarbeiteten und selbsthergestellten Haltung zur Welt.

Natürlich ist eine auf uneingeschränkten Erkenntnismöglichkeiten und selbständigen Werturteilen, auf kritisch reflektierten Überzeugungen aufbauende Haltung zur Welt, spannungsreich und für das Individuum nicht einfach zu ertragen – von den dies erschwerenden spezifischen Lebensumständen in Diktaturen einmal ganz zu schweigen.²⁷ Die Menschen stehen auch in freien Gesellschaften immer wieder vor der grundsätzlichen Frage: Wollen sie frei und mündig sein und alle Verantwortung selbst übernehmen oder wollen sie – und gegebenenfalls in welchem Maße – Bevormundung, Betreuung und Fremdbestimmung akzeptieren und damit einen Teil oder im Grenzfall alle Verantwortung auf andere Personen oder „Schicksalsmächte“ übertragen?²⁸

Ein Problem der Freiheit ist dabei, dass sie sich – übrigens ähnlich wie die Sicherheit – als ein „paradoxes“ Gut darstellt. Das heißt, je mehr und je selbstverständlicher solche Güter zur Verfügung stehen und garantiert erscheinen, umso geringer wird ihr Wert offenbar subjektiv geschätzt. Und es verwundert manchmal nicht nur, sondern erschreckt geradezu, wie leichtfertig manche Menschen mit dem Wert der Freiheit umgehen. Man muss natürlich kein Held sein, der sich unentwegt für die Verteidigung der Freiheit einsetzt, aber man sollte gerade in freien und offenen Gesellschaften jenen verbreiteten Opportunismus nachdrücklich kritisch hinterfragen, der nicht nur mit der Missachtung intellektueller Redlichkeit und Rechtschaffenheit, sondern auch mit der unbedachten Geringschätzung der Freiheit einhergeht.²⁹

Die konsequente Achtung der Grundwerte der Verfassung und der Prinzipien des Rechtsstaates, der freiheitlich-demokratischen „Spielregeln“ der politischen

²⁶ Siehe: Sterbling, Anton: Das Wesen und die Schwächen der Diktatur. Nachgelesen in den Romanen von Herta Müller, in: Kron, Thomas/Schimank, Uwe (Hrsg.): Die Gesellschaft der Literatur. Opladen 2004 (S. 165-200).

²⁷ Siehe: Sterbling, Anton: Über Freiheit. Allgemeine Reflexionen und Stellungnahmen, in: Sterbling, Anton: Krisen und Wandel, Hamburg 2009 (S. 87-113).

²⁸ Siehe: Schelsky, Helmut: Der selbständige und der betreute Mensch, Stuttgart 1976.

²⁹ Siehe: Lepsius, M. Rainer: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993.

Kultur überhaupt, sollte auch eine klare Forderung an die politischen Parteien und Akteure sein, die gelegentlich doch wegen kleinen politischen Vorteilen zu einem kurzsichtigen und in den Folgen problematischen Populismus neigen. Politische Demagogie und Populismus aber lassen – auch in gefestigt scheinenden Demokratien – diese leicht von „Vernunftdemokratien“ in „Stimmungsdemokratien“ umschlagen, wie Karl Mannheim³⁰ kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland hellseherisch bemerkte. Von „Stimmungsdemokratien“ gibt es indes nicht selten einen recht kurzen Weg zu autoritären oder totalitären Herrschaftssystemen.

In dieser Hinsicht besteht für die Bundesrepublik Deutschland – insbesondere auf Grund der Stabilität der Institutionen, der festen Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft und der hohen Zustimmung der Bevölkerung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung – natürlich keine akute Gefahr. Dennoch bleibt stets auf die Gefährdungsmomente der Demokratie und der gesellschaftlichen Integration an ihren politischen, kulturellen und sozialen Rändern zu achten.³¹ Und dieses Gebot der Wachsamkeit gilt nicht zuletzt für die Polizei und sonstigen Sicherheitsorgane des Staates, in die nach wie vor ein hohes Vertrauen der Bevölkerung gegeben ist.

Viele der von mir erwähnten Problemdiagnosen und Handlungsmöglichkeiten mögen reichlich bekannt und insofern auch trivial erscheinen. Dennoch sollten sie nicht übersehen oder vernachlässigt werden. Man sollte über nichts leichtfertig hinwegsehen, an nichts desinteressiert vorbeigehen. Zivilcourage ist eine wichtige Tugend in der freien, zivilisierten Gesellschaft, ohne dass wir – um es mit Ralf Dahrendorf³² zu sagen – dabei erwarten sollten, dass jeder gleich ein „Held“ ist. Aus der Beschäftigung mit den Wesenszügen und Funktionsweisen von Diktaturen³³ wissen wir aber nur allzu gut, dass mangelnde Zivilcourage,

³⁰ Siehe: Mannheim, Karl: Die Gegenwartsaufgaben der Soziologie. Ihre Lehrgestalt, Tübingen 1932, insb. S. 36 ff.

³¹ Siehe auch: Backes, Uwe/Jesse, Eckhart/Gallus, Alexander (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 22. Jahrgang 2010, Baden-Baden 2011.

³² Siehe: Dahrendorf, Ralf: Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung, München 2006.

³³ Siehe: Sterbling, Anton: Das Wesen und die Schwächen der Diktatur. Nachgelesen in den Romanen von Herta Müller, in: Kron, Thomas/Schimank, Uwe (Hrsg.): Die Gesellschaft der Literatur. Opladen 2004 (S. 165-200).

dass das Ignorieren der „Banalität des Bösen“,³⁴ zu den wichtigsten Voraussetzungen und Stützfeilern diktatorischer Herrschaftsordnungen zählt.

Literatur

- Bach, Maurizio/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziale Ungleichheit in der erweiterten Europäischen Union, Beiträge zur Osteuropaforschung 14, Hamburg 2008
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhart/Gallus, Alexander (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 22. Jahrgang 2010, Baden-Baden 2011
- Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Globalisierung, Europäisierung, Regionalisierung – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Erscheinungsformen und Auswirkungen im östlichen Europa, Beiträge zur Osteuropaforschung 16, Hamburg 2009
- Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Europäische Entwicklungsdynamik, Beiträge zur Osteuropaforschung 17, Hamburg 2009
- Burgheim, Joachim/Sterbling, Anton: Hoyerswerda: Modell kommunaler Kriminalprävention in Sachsen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Konstanz 1999
- Burgheim, Joachim/Sterbling, Anton: Subjektive Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz, Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen (Band 4), Rothenburg/Oberlausitz 2000
- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965
- Dahrendorf, Ralf: Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung, München 2006
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Bonn 2010
- Dumont, Louis. Essais sur l'individualisme. Une perspective anthropologique sur l'idéologie modern, Paris 1985
- Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 52, Bonn 1995
- Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 90, Bonn 1999
- Goffman, Erving: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München²1973
- Halpern, Joel M./Kideckel, David A. (eds.): Neighbors at War. Anthropological Perspectives on Yugoslav Ethnicity, Culture, and History, Pennsylvania 2000
- Heidenreich, Martin (Hrsg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit, Frankfurt a. M. 2006

³⁴ Siehe: Oprea, Marius: Banalitatea răului. O istorie a Securității în documente 1949-1989 [Die Banalität des Bösen. Eine Geschichte der Securitate in Dokumenten 1949-1989], Bukarest 2002.

- Kreutz, Hendrik: Politik, Organisierte Kriminalität und „Revolution“. Der Untergang des Zarenreichs als empirisches Beispiel für die katastrophale Folge verdeckter staatlicher Abwehrmaßnahmen, in: Organisierte Kriminalität – oder gesellschaftliche Desorganisation? Angewandte Sozialforschung, 22. Jg., Heft 3-4, Wien 2002 (S. 167-193)
- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdeindlichkeit, Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden ²2001
- Lepsius, M. Rainer: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993
- Mannheim, Karl: Die Gegenwartsaufgaben der Soziologie. Ihre Lehrgestalt, Tübingen 1932
- Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Frankfurt a. M. 1969
- Mannheim, Karl: Wissenssoziologie, Wiesbaden ²1970
- Oprea, Marius: Banalitatea răului. O istorie a Securității în documente 1949-1989 [Die Banalität des Bösen. Eine Geschichte der Securitate in Dokumenten 1949-1989], Bukarest 2002
- Schelsky, Helmut: Der selbständige und der betreute Mensch, Stuttgart 1976
- Schüler, Sonja: Die ethnische Dimension der Armut. Roma im postsozialistischen Rumänien, Stuttgart 2007
- Sterbling, Anton: Soziale Integration – soziologische Anmerkungen zu einem vielfach in der Schwebe gehaltenen Begriff, in: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven. Hamburg 2003 (S. 471-485)
- Sterbling, Anton: Das Wesen und die Schwächen der Diktatur. Nachgelesen in den Romanen von Herta Müller, in: Kron, Thomas/Schimank, Uwe (Hrsg.): Die Gesellschaft der Literatur. Opladen 2004 (S. 165-200)
- Sterbling, Anton: Politische Kultur und zivilgesellschaftliche Entwicklungen als Kontext internationaler Polizeiarbeit, in: Sterbling, Anton (Hrsg.): Internationale Zusammenhänge und Erfahrungen der Weiterentwicklung der Polizeiausbildung. X. Hochschuldidaktisches Kolloquium. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 47), Rothenburg/Oberlausitz 2008 (S. 107-129)
- Sterbling, Anton: Suchpfade und Wegspuren. Über Identität und Wanderung. Banater Bibliothek Band 8, München 2008
- Sterbling, Anton: Entwicklungen der subjektiven Sicherheit und Lebensqualität. Zehn Jahre Bevölkerungsbefragungen in Hoyerswerda und Görlitz 1998-2008. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 48), Rothenburg/Oberlausitz 2008
- Sterbling, Anton: Über Freiheit. Allgemeine Reflexionen und Stellungnahmen, in: Sterbling, Anton: Krisen und Wandel, Hamburg 2009 (S. 87-113)
- Sterbling, Anton/Burgheim, Joachim: Nochmals Hoyerswerda: Lebensqualität und subjektive Sicherheit – eine Wiederholungsuntersuchung, Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen (Band 17), Rothenburg/Oberlausitz 2004
- Sterbling, Anton/Burgheim, Joachim: Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen (Band 27), Rothenburg/Oberlausitz 2006
- Stöss, Richard: Die „neue Rechte“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 52, Bonn 1995 (S. 111-127)

- Stöss, Richard: Rechtsextremismus in West- und Ostdeutschland, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im vereinten Deutschland: Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 90, Bonn 1999 (S. 33-42)
- Vobruba, Georg: Die Dynamik Europas, Wiesbaden 2005
- Weber, Max: Politik als Beruf, in: Weber, Max: Politische Schriften, Tübingen ⁵1988 (S. 505-560)
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (Hrsg.): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin 2011
- Carstens, Peter: „Rechtsextremismus in Deutschland. Tiefbraune Realitäten“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, vom 17. November 2011, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-deutschland-tiefbraune-realitaeten-11532356.html> (Zugriff am 20.11.2011)
- „Reaktionen auf rechtsextreme Gewalt. Innenminister Friedrich will Zentralregister für Neonazis“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, vom 16. November 2011, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/reaktionen-auf-rechtsextreme-gewalt-innenminister-friedrich-will-zentralregister-fuer-neonazis-11530434.html> (Zugriff, am 17.11.2011)
- „Hohe Arbeitslosigkeit. Europas Jugend ohne Zukunft“, in: Spiegel-Online, Wirtschaft, vom 11. August 2011, unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,779610,00.html> (Zugriff, am 24.11.2011)

AG 1 Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung

Experte: Prof. Dr. Beate Küpper, Hochschule Niederrhein
Gesprächsleitung: Silke Maresch, Caritasverband Bistum Dresden-Meißen
Protokoll: Viola Walter, Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens e.V.

Vorstellung der Studie zu Intoleranz, Vorurteil und Diskriminierung von Frau Prof. Dr. Küpper.

(Kurzfassung nachstehend)

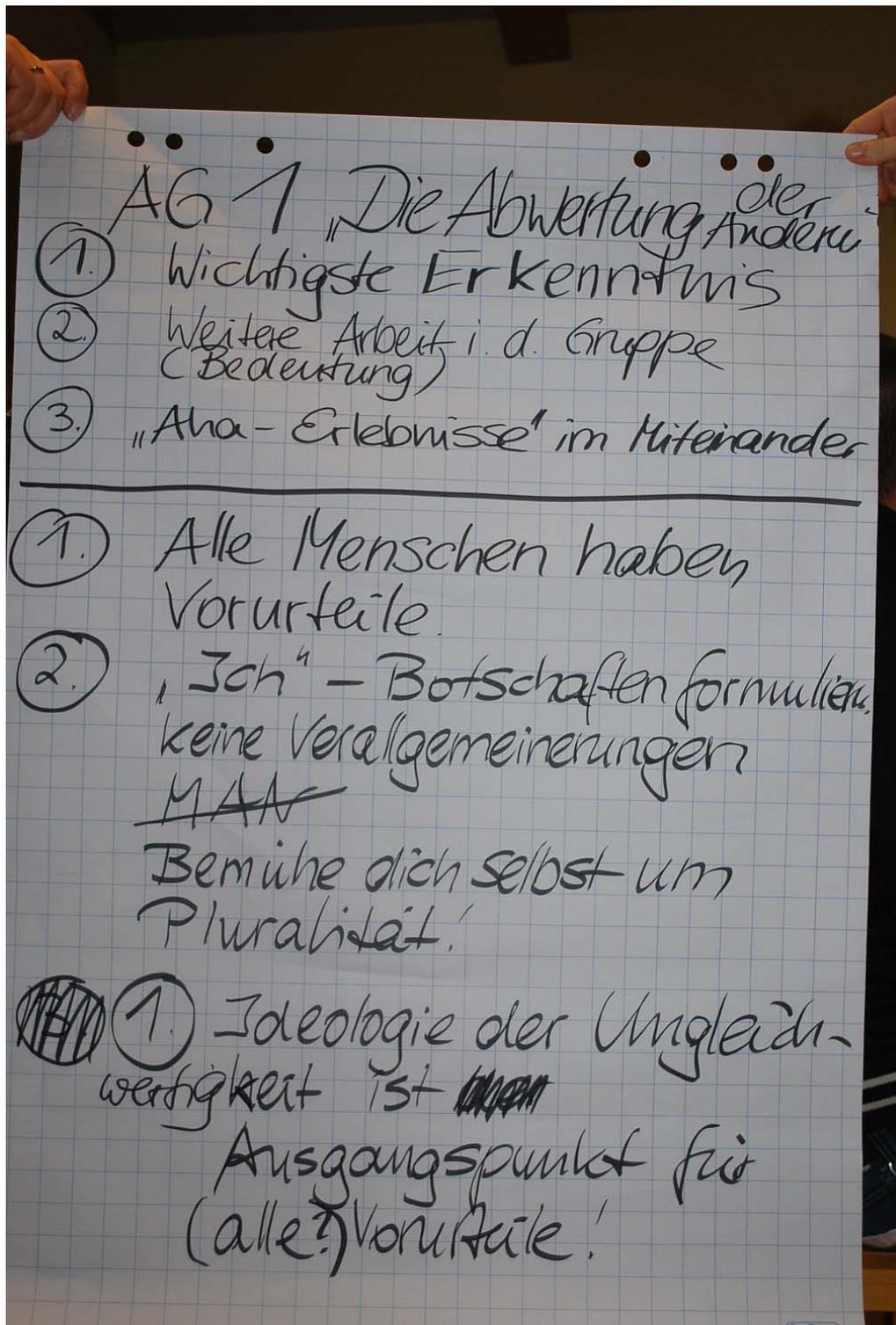
Frau Prof. Dr. Küpper ist fasziniert, dass so viele unterschiedliche Akteure an dieser Tagung teilnehmen und dass es so viele Teilnehmer sind und stellt die These auf:

„Die Zivilgesellschaft in Sachsen ist mancherorts weiter als die höhere politische Entscheidungsebene“

Erkenntnisse und Diskussionspunkte nach dem Vortrag

- durch Vortrag bewusst geworden...Menschen kategorisieren und haben Vorurteile, eigene Verhaltensweise reflektieren
- was nicht bekannt ist wird oft abgelehnt- wo Begegnung stattfindet sinkt Ablehnung
- bei Meinungsbildung haben Eltern - und Großeltern generation hohen Einfluss und Vorbildfunktion
- Medien üben Macht bei Meinungsbildung aus
Was sind schon tausende ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer gegen einen verunglückten Luxusliner mit vermuteten 35 Todesopfern
- von Fremdenfeindlichkeit zum Fremdenhass = dynamischer Prozess
- Ergebnis von Forschungen: dort wo im 13.Jh. Pogrome gegen Juden stattfanden, hat die NSDAP hohe Wahlergebnisse (Dr.Küpper)
- **Diskussion zum Tragen des Tschador in Deutschland**
Begriff der Fremdkultur wurde angeführt.
auf Nachfrage (Dr.Küpper) "Wer hat schon eine Frau in diesem Kleidungsstück gesehen?" – keine Meldung – Rückfrage: "Warum hängen wir uns an solchen Extremen auf, wo ist die Bedrohung?" – MEDIENSTEUERUNG

Ergebnis der Arbeitsgruppe



Vortrag

Die Abwertung der Anderen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland

Beate Küpper
Hochschule Niederrhein /
vormals Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Universität Bielefeld

Skizze des Vortrags in Görlitz, 1. Februar 2012

„Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ – 44,5% der Westdeutschen und sogar 59% der Ostdeutschen stimmten im vergangenen Jahr 2011 dieser Aussage eher oder voll und ganz zu. Verglichen mit anderen ostdeutschen Bundesländern ist die Fremdenfeindlichkeit in Sachsen sogar noch etwas verbreiteter und hat nach einem Rückgang in den vergangenen zwei Jahren wieder zugenommen. Gerade in Sachsen billigen zudem vergleichsweise viele Menschen den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Vormachtstellung.

Diese und ähnliche Fragen wurden im Langzeitprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld über die vergangenen 10 Jahre untersucht (2002-2011). Im Fokus standen Vorurteile gegenüber einer ganzen Reihe von Gruppen: Menschen werden abgewertet, weil sie tatsächlich oder vermeintlich einer als „anders“, „fremd“ oder „unnormale“ und damit als ungleichwertig markierten Gruppen angehören. Bei all ihren Besonderheiten haben die auf den ersten Blick so spezifischen Vorurteile wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und sogar die Abwertung von obdachlosen, langzeitarbeitslosen oder behinderten Menschen doch etwas gemeinsam: Sie speisen sich aus einem gemeinsamen Kern der Ungleichwertigkeit. Wer Hierarchien zwischen sozialen Gruppen – seien sie ethnisch, kulturell, religiös, nach Geschlecht, sexueller Orientierung, physischer Beschaffenheit oder Lebensstil definiert – grundsätzlich für richtig hält, wer meint, es sei schon ganz in Ordnung, dass einige Gruppen mehr, andere weniger Chancen haben, der neigt auch eher zu Abwertungen vieler schwacher Gruppen. Deutlich wird: Wer etwa fremdenfeindliche Einstellungen vertritt, neigt auch mit größerer Wahrscheinlichkeit zu Vorurteilen gegenüber Juden, Muslimen, homosexuellen Menschen oder auch zu Sexismus.

Dabei kommen Vorurteile nicht immer offen und direkt daher, sondern manchmal auch auf subtilem Weg, indem etwa vermeintliche kulturelle Unterschiede als riesengroß und damit unüberwindbar dargestellt werden. Wenn wir zum Beispiel die Ansicht teilen (wie es über 70 % von Befragten in 2008 in ganz Europa taten), „Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten“,

vergessen wir allzu leicht, wie mühselig, gegen erbitterten Widerstand hart erkämpft und noch immer nicht überall verwirklicht die Gleichstellung von Mann und Frau auch bei uns war und ist. So waren in 2008 immerhin 53% der Befragten in Deutschland der Auffassung „Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen“.

Woran aber liegt es dass Menschen bereit sind, andere abzuwerten, und wie lässt sich die höhere Fremdenfeindlichkeit in den ostdeutschen Bundesländern erklären? Hier verbinden sich gesellschaftliche und persönliche Faktoren zu einer unheilvollen Melange, die auch zum Einfallstor für rechtspopulistische und rechtsextremen Akteuren wird: Das weit verbreitete Gefühl der Benachteiligung (gegenüber dem Westen), die Suche nach einem Sündenbock für die eigene tatsächliche oder vermeintliche Schlechterstellung – wie bequem ist es, hier „Ausländer“ verantwortlich zu machen, die es im Osten allerdings kaum gibt. Und genau das ist das Problem: Mangelnder Kontakt mit Einwanderern, so dass statt echter Erfahrungen, die „den Anderen“ zu einem Menschen wie Du und ich werden lassen, z.T. uralte Stereotype, gefüttert durch plakative Mediendarstellungen, die Ansichten prägen. Dort, wo kaum ein Einwanderer lebt – in ländlichen Regionen – ist die Fremdenfeindlichkeit am höchsten. Hinzu kommt das Erbe des Autoritarismus – einer in West und noch ein bißchen mehr in Ost weit verbreiteten Law-and-Order Haltung gegen alles und jeden, der nicht in der Reihe steht – und eine Ablehnung von kultureller Vielfalt, die Interesse und Neugier auf die „Anderen“ wecken könnte. Am wichtigsten ist jedoch das subjektive Gefühl der Bedrohung, „Ausländer“ bedrohten unseren materiellen Wohlstand. Dieses Gefühl der Bedrohung zieht nicht nur Abwertungen nach sich, sondern dient auch umgekehrt als Schutzbehauptung, um eigene Vorurteile zu rechtfertigen. So kommt es, dass alle Statistiken, die das Gegenteil zeigen und alle Aufrufe der Wirtschaft nach mehr Einwanderung ungehört verhallen, und nach wie vor viele Befragte in Ost (65%) und West (40%) die Ansicht teilen „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.“ Dennoch, worin sich die überwältigende Mehrheit in Ost und West einig ist: „Gegen den Rechtsextremismus muss man dringend etwas unternehmen“ (Zustimmung unter Westdeutschen 90%, unter Ostdeutschen 92% im Erhebungsjahr 2008).

AG 2 Raus in die Zukunft. z. B. Aussteigerprogramm Sachsen

Experte: Sven Forkert, Geschäftsführer Landespräventionsrat Sachsen
Stephan Meister, Fundraiser und Strategieentwickler, Landespräventionsrat
Sachsen, Arbeitsgruppe „Stärkung demokratischer Grundwerte“
Gesprächsleitung: Christian Kurzke, Studienleiter Evangelische Akademie Meißen
Protokoll: Susanne Lerche, Tierra - Eine Welt e. V. Kinder-Kultur-Café „Camaleon“

1.) Entstehung des Programms „Raus in die Zukunft“:

- Innenministerkonferenz 2000: über Notwendigkeit der Schaffung von Aussteigerprogrammen entschieden
- LPR Sachsen 2008 gegründet
- Programm „Raus in die Zukunft“ mit einjähriger Verzögerung im Oktober 2011 gestartet, in Ergänzung zu bereits bestehenden Programmen staatlicher Behörden (Landesamt f. Verfassungsschutz)
- Bundesweit existieren über 20 Aussteigerprogramme in staatlicher und/oder nicht staatlicher Trägerschaft. Zwischen diesen existiert gegenseitige bundeslandübergreifende Kooperation (z.B. bei Umzug eines/einer Klient_in)

2.) Programmbeschreibung:

- Zielgruppe: Ausstiegswillige aus dem Einflussbereich der rechtsextremen Szene (z.B. Mitglieder von Gruppierungen mit rechtsextremem Selbstverständnis) sowie deren Angehörige und Vertrauenspersonen
- Ziel: ein Leben auf Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung und Abkehr von rechtsextremen Einflussgrößen
- Leistungen: Ausstiegswillige werden sozialpädagogisch unterstützt. Dabei erfolgt ganz praktische Hilfe bei Problemen wie Arbeitssuche, Schulden oder Strafverfahren, Schul- oder Wohnungssuche ebenso wie psychosoziale Unterstützung (i.d.R. geht der Ausstiegsprozess mit dem kompletten Abbruch der wichtigsten sozialen Kontakte einher). Die Klient_innen werden im Kontakt mit Behörden und Beratungseinrichtungen sowie in Fragen ihrer persönlichen Sicherheit/dem Umgang mit Gefährdungssituationen unterstützt.
- Prinzipien, nach denen diese Unterstützung erfolgt: Anerkennung d. Freiheitsliebe, demokratische Grundordnung, ernsthafte Distanzierung von rechtsextremer Szene, Gewaltverzicht, Einhaltung von Absprachen, Freiwilligkeit (!) und Datenschutz

- Besonderheiten: Die Kooperation staatlicher und nicht staatlicher Institutionen senkt die Barrieren für potentielle Aussteiger_innen. Eine vertrauliche Basis zwischen Klient_in und Betreuer_in ist im Gegensatz zu Programmen, die direkt bei Strafverfolgungsbehörden angesiedelt sind, besser umsetzbar. Synergien/Potentiale aus der Zusammenarbeit von staatl./nicht staatl. Institutionen bestehen u.a. auch darin, dass ein gegenseitiges Verständnis für jeweil. Rahmenbedingungen der Arbeit entwickelt wird.
Hilfe erfolgt unabhängig davon, ob jemand bereits straffällig geworden ist (laufendes oder bevorstehendes, Verurteilung oder Bewährung) oder nicht.
Die Teilnahme am Programm beruht auf strikter Einhaltung des Prinzips Freiwilligkeit.
Die am Programm beteiligten freien Träger bleiben anonym, um Anonymität und Sicherheit sowohl für Betreuer_innen als auch für Klienten_innen zu gewährleisten. Kontakt erfolgt über eine Cleaningstelle.

Erfahrungen aus anderen Aussteigerprogrammen - Aussteigerhilfe Rechts Hannover:

Hauptgruppe der begleiteten Ausstiege: 18-27 Jährige, fast ausschließlich männliche Klienten, Betreuungszeit zwischen 4 und 60 Monaten (durchschnittlich 18). Ausnahmslos alle dort betreuten TN haben dem Einstieg in die rechtsextreme Szene vorausgehende Erlebnisse von Deprivation bzw. individuell erlebte Benachteiligungen/ Brüche geltend gemacht. Die Teilnahme an einem Aussteigerprogramm setzt bei den Betroffenen ein hohes Maß an Leidensdruck voraus, da sie anderenfalls einen solchen Schritt (drastische Veränderungen und Einschnitte stehen in Aussicht) nicht wählen würden.

Öffentlichkeitsarbeit:

Bisher wurde neben Presseartikeln und Internetauftritt vorrangig die Fachöffentlichkeit (z.B. Polizei, Justiz, Jugendgerichtshilfe, Träger der Jugendarbeit, soz.päd. Hilfesysteme) informiert, weil dies der erfolgversprechendste Weg scheint, die Zielgruppe zu erreichen. Das Programm ist auf

Kontakt:

www.aussteigerprogramm-sachsen.de

PF: 30 11 25, 04251 Leipzig

Tel: 0173-9617643

E-Mail:kontakt@aussteigerprogramm-sachsen.de

WICHTIG: DA DAS PROGRAMM NUR ÜBER DIE NUTZUNG VON VERWEISUNGSHORIZONTEN FUNKTIONIEREN KANN, IST JEDE_R INNERHALB DES EIGENEN ARBEITSFELDES DARUM GEBETEN, DIESEN KONTAKT AN POTENTIELLE AUSSTEIGER_INNEN WEITERZUGEBEN!

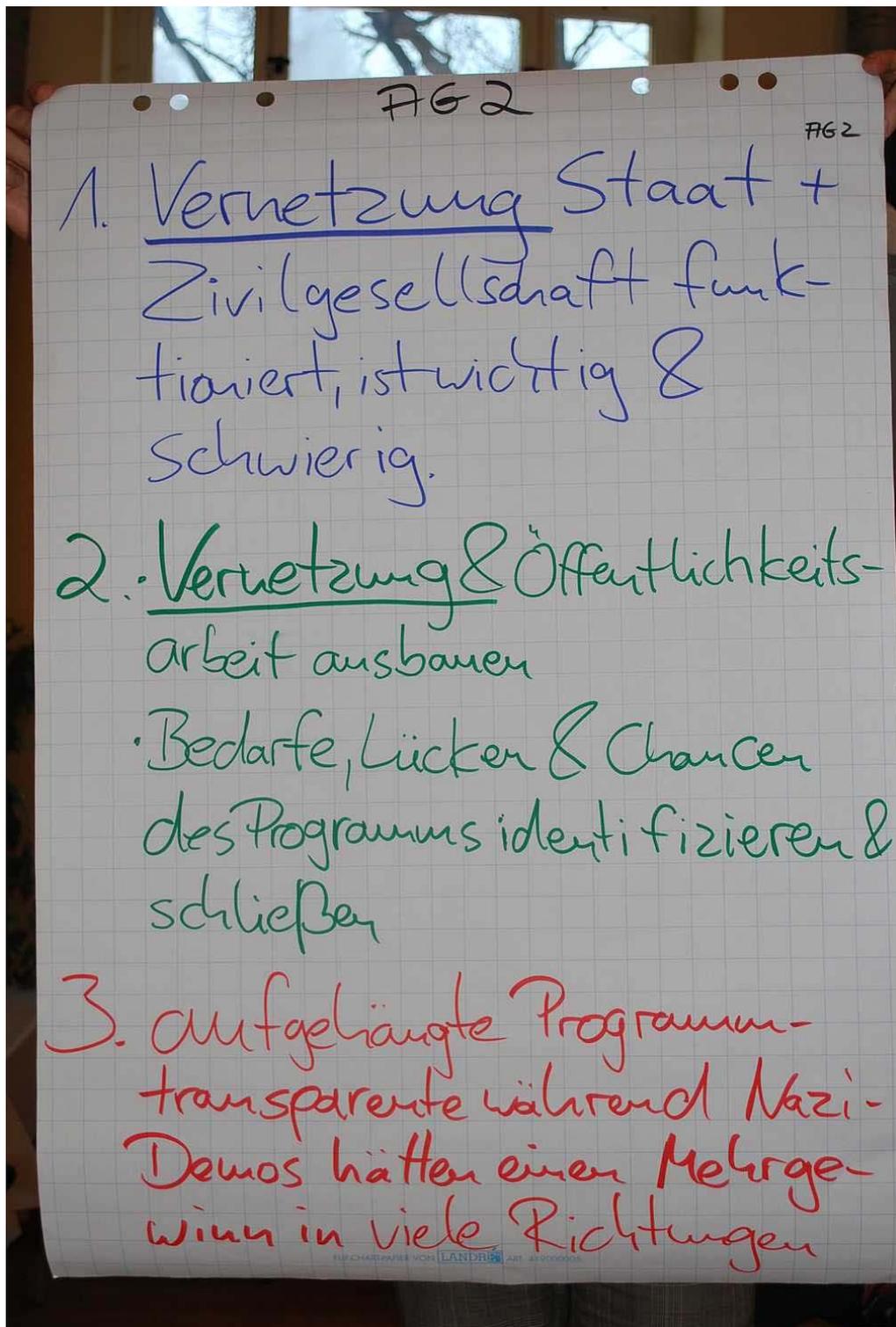
Diskussion/Denkanstöße:

- Aussteigerprogramm kann „Baustein“, um Beratungsangebote wie z.B. jene von RAA und Kulturbüro zu ergänzen,
- Wird Programm wirklich von Rechtsextremen angenommen oder besteht Bedarf eher im weiteren Spektrum der Rechtsaffinen?!-Abgrenzung?
- Aussteigerprogramm kann (über Evaluation der eingehenden Anrufe)Mittel zur Bedarfserhebung werden!
Informationstransfer erfolgt im LPR.
- Wie kann Programm öffentlich gemacht werden? -Ideen aus der Runde:
Fachöffentlichkeit ist entscheidend
Umfeld (Partner, Eltern, Familie)
Direkte Ansprache innerhalb der rechtsextremen Szene?
E-Mail-Verteiler und Fachgremien der Jugendarbeit nutzen
Kirchenstrukturen
Intranet der Polizei
Transparente/Plakate auf Nazidemos

Literaturempfehlung: Claudia Hempel „ Wenn Kinder rechtsextrem werden – Mütter erzählen“

Verl.:zuKlappen!

Ergebnis der Arbeitsgruppe



AG 3 Löschen bevor es brennt. Präventionsangebote

Experten: Berit Lahm, Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention Leipzig
 Oliver Welzel, Demokratienetzwerk
Gesprächsleitung: Rico Reichel Kroner, PD Leipzig, Inspektion Prävention/Zentrale Dienste
Protokoll: Cindy Meißner-Lasinki, PD Leipzig

Wichtig für eine gut funktionierende Präventionsarbeit ist der persönliche Kontakt zur Schule/zur jeweiligen Einrichtung/ zum Jugendclub. Optimal wäre ein direkter Ansprechpartner in dieser Einrichtung, mit dem man im Vorfeld Absprachen treffen kann.

(Welche Inhalte sind gewünscht? Wie ist die aktuelle Situation in der Grupp/Klasse? Was hat die Schule zum Thema schon geleistet? Welcher zeitliche Rahmen?)

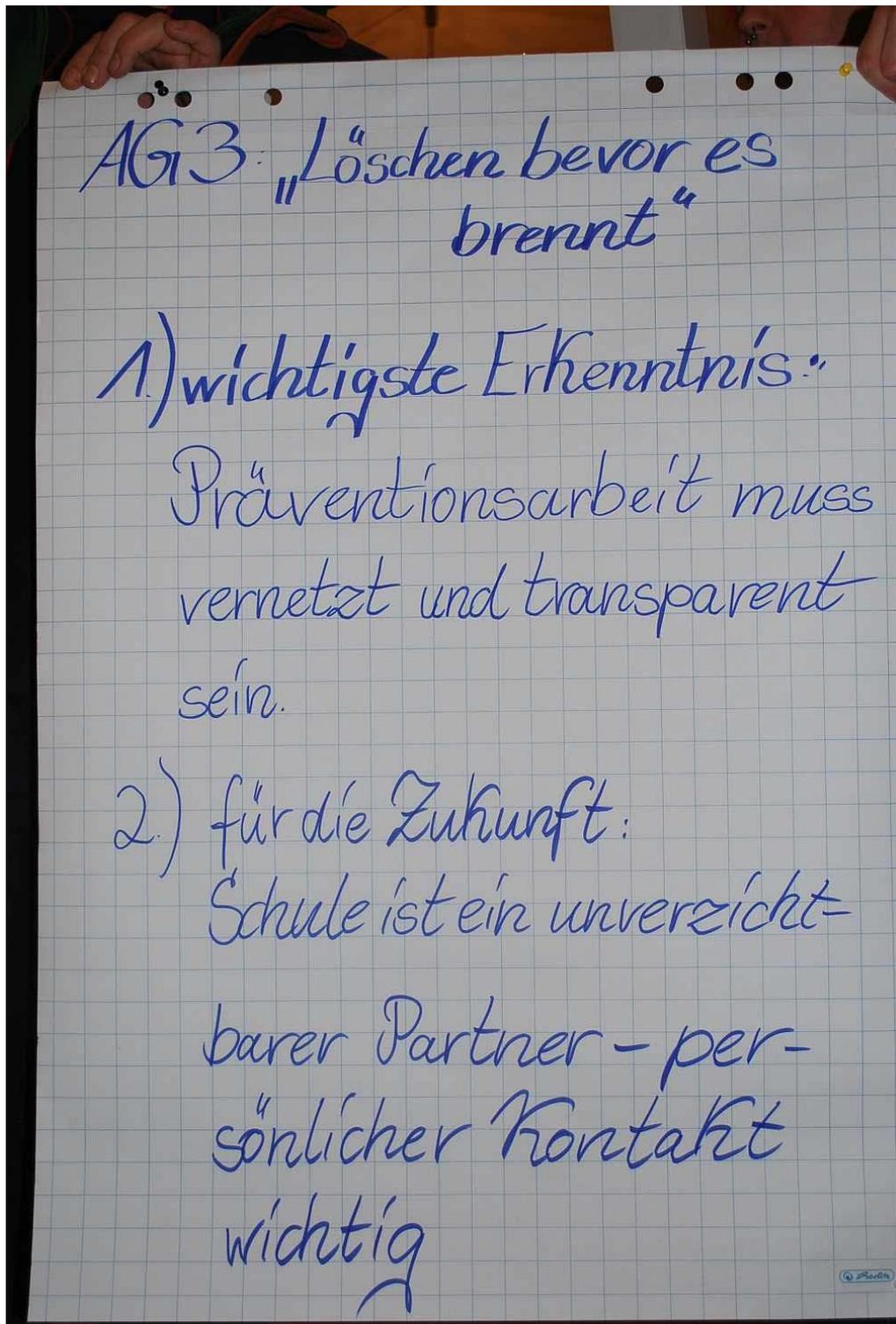
Unverzichtbar ist auch eine Rückmeldung nach Abschluss des Projektes.

Möglichst sollten auch die Eltern informiert und einbezogen werden (Elternabende), um die Prävention zu Hause „fortzuführen“.

Um sich zu vernetzen, muss man auch andere Vereine und Organisationen und deren Angebote kennen.

Da auch Lehrer gut „haushalten“ müssen (vor allem mit dem zeitlichen Rahmen), sollte eine möglichst zielgerichtete und themenbezogene Übersicht verschiedener Ansprechpartner ausgehändigt werden. Dabei kann die größere Wirkung erzielt werden, indem die Prävention wie ein „Baukastensystem“ zusammengefügt wird.

Ergebnis der Arbeitsgruppe



AG 4 Die Qual mit der Zahl. Rechtsextreme Symbolik und Musik

Experte: Bernd Stracke, Geschäftsführer der Hillerschen Villa
Gesprächsleitung: Petra Schickert, Kulturbüro Sachsen e.V., MBT Mitte-Ost
Protokoll: Stefan Lorenscheidt, Tierra - Eine Welt e. V. Kinder-Kultur-Café „Camaleon“

- Vortrag B. Stracke zu Symbolen, Zahlencodes, Schriftzügen
- Einige Verständnissnachfragen werden beantwortet

a) Frage aus der Runde:

- Konfrontation mit Symbolen in offenen Treffpunkten, Clubs

b) 3 Fallbeispiele werden in Kleingruppen bearbeitet – Handlungsoptionen, mögl. Vorgehen

Fall 1: Fußballturnier (Jugendliche, Sozpäd.)

- Gemeinsam festgelegte Regel - keine rechtsextremen Symbole, Kleidung
- 1 Jugendliche kommt mit T-Shirt mit der Aufschrift "Todesstrafe für Kinderschänder"
- Variante1: Auf Regeln verweisen, Verbot, vom Hausrecht Gebrauch machen
- Variante2: wenn man die Leute kennt, dann kann Gespräch gesucht werden – Mögl. T-shirt ausziehen und mitspielen

Fall 2: auf Kirchenvorplatz trifft sich Jugendgruppe und es werden vermehrt rechte Aufkleber an der Kirche gefunden

- Welche Jugendlichen sind in der Gruppe?
- Welche politische Gesinnung herrscht in der Gruppe vor?
- Gibt es einen Zusammenhang zwischen Gruppe und Aufklebern?
- Aufkleber wären strafrechtlich Sachbeschädigung
- Hausrecht könnte genutzt werden, Hausverbot
- Sind die Jugendlichen auf der Suche nach einem Treffpunkt/Ort?
- Aufkleber so schnell wie möglich entfernen, keine Plattform geben

Fall 3: Klassensprecher beobachtet in seiner Schule vermehrt rechte Kleidung/Symbole, Geht zum Lehrer und verlangt Verbot

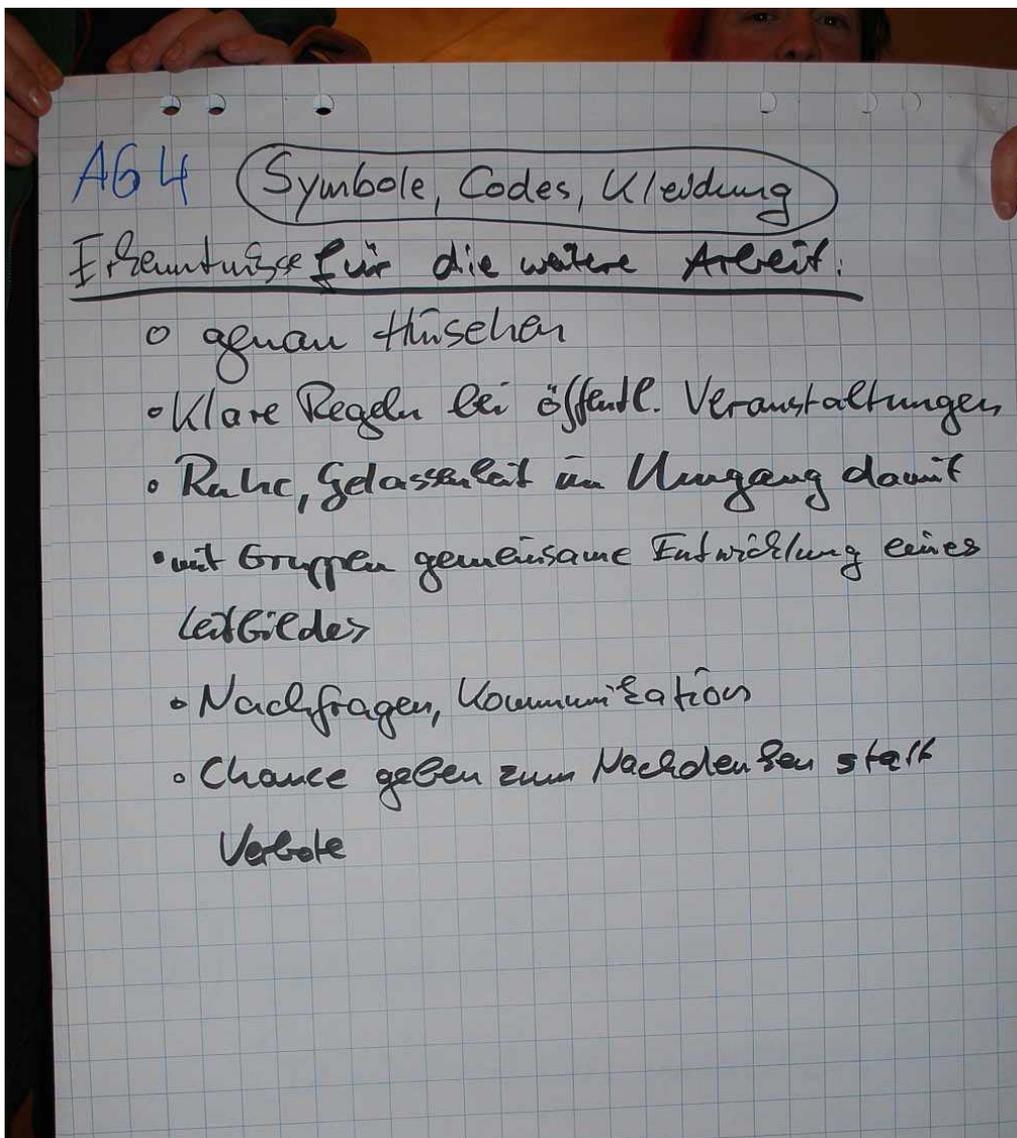
- Information welche Marken sind Rechtsextremen zuzuordnen
- Elterninformation zu Symbolen
- Lehrer über Symbole informieren

- Dann in Erwägung ziehen neue Hausordnung gemeinsam mit Schülern zu erarbeiten, damit sich die Schüler einbezogen fühlen und sie mit tragen

Kleidung und Symbole:

- Einerseits strafrechtliche Relevanz von Symbolen wichtig – an Schule, Kirchen, offener Treff unterbinden
- Andere Symbole sollten zur Diskussion mit den Betroffenen führen und hinterfragt werden
- Diskussion über grundlegende Wertvorstellungen mit den betreffenden Personen

Erkenntnisse und Handlungsoptionen für die weitere Arbeit siehe Flipchart AG 4



AG 5 Kultur des Widerstandes. Best practice – Erfahrungen - Strategien

Experten:	Lutz Rodig, Stellvertreter PD-Leiter Leipzig Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e.V. Dresden, Geschäftsführerin
Gesprächsleitung:	Stephan Bickhardt, Pfarrer, Polizeiseelsorger Leipzig
Protokoll:	Franz Hammer, Kulturbüro Sachsen e. V., Mobiles Beratungsteam Nord-West

Impulsfrage: Wann wird Widerstand zu Gewalt? Wo sind die Grenzen?

Es folgen die 2 Inputs der Referenten

Grit Hanneforth: Entwicklung einer Kultur des Widerstandes am Beispiel Dresden

- Nicht nur der sichtbare Naziaufmarsch in Dresden ist das Problem, sondern die günstigen Rahmenbedingungen, die er in Dresden fand, habe maßgeblich zu seinem Entstehen beigetragen;
- Dazu gehört: Politik und Verwaltung, die über Jahr das Problem des Rechtsextremismus nicht im Blick hatten; ein Verständnis der Dresdner Gedenkkultur von Dresden als der unschuldigen Kunst- und Kulturstadt, deren Bombardierung nicht eingebettet wurde in den historischen Kontext von Krieg der von Deutschland ausging. Hier ideologische Anschlussflächen von Nazis aus dem historischen Kontext fand Anschluss an den Wunsch der Mehrheit der Dresdner_innen nach stillem Gedenken.
- stilles Gedenken ist kompatibel mit der Geschichtsleugnung der Neonazis, wurde nicht thematisiert und verstärkte damit den Geschichtsrevisionismus der Neonazis;
- erste Andockversuche von Nazis an das Thema Gedenken an den 13. Februar im Jahr 1998;
- erste Gruppen die auf die Nutzung des Themas durch Nazis aufmerksam machten und breiteren Protest einforderten, waren Antifa-Gruppen;
- seit 2002 wurden Mahnwachen an der Synagoge angemeldet, damit nach Auflösung der Aufmärsche die Synagoge Nazis nicht ungestört sich an der Synagoge provozieren und Mitglieder der Jüdischen Gemeinde bedrohen konnten;
- erster überregional wahrgenommener Aufzug von 4000 europäischen Nazis, der an der Synagoge vorbei führte, fand 2004 ohne nennenswerte Gegenproteste statt (Landtagswahlen, erstmalig trat die NPD an, verstand den Aufmarsch im Februar 2004 auch als Wahlkampfauftakt):
- zwei internationalen Kolloquien (2005 und 2007) mit Teilnehmer_innen aus 20 Ländern thematisierten, wie internationale NGOs und Partnerstädte von Dresden, die von Deutschland zerstört wurden mit erinnerungskulturellen Themen umgehen;
- 2005 liefen an der Synagoge und damit am internationalen Kolloquium 4-5000 Nazis mit Fackeln direkt vorbei, dies sorgte für Unverständnis und Erschrecken bei allen und auch bei den

Internationalen Teilnehmer_innen (viele Überlebende des Holocaust), noch mehr Entsetzten löste der fehlende Protest aus;

- Kirchen, Gewerkschaften, verschiedene demokratische Parteien und NGOs, wie KBS etc. war spätestens dieses Ereignis Auftrag, Energie und Kraft stärker dafür einzusetzen, dass einerseits der Neonaziaufmarsch zurückgedrängt wird und andererseits die Debatten zur Dresdner Erinnerungskultur neu angestoßen werden;
- 2006 und 2007 breitere Ansätze mit parteienübergreifendem Bündnis und Gewerkschaften: es gan 2 Demokratiemeilen. Zum Naziaufmarsch kamen mittlerweile Nazis aus ganz Europa. Erste gelungene Blockade 2007 auf der Augustusbrücke, führte zu einer Routenverlegung des Naziaufmarsches;
- 2008/2009 fanden große GehDenken-Demonstrationen, dank der Unterstützung vieler Engagierter von Außerhalb statt, und es gelang, International deutlich zu machen, dass es sich beim Aufmarsch in Dresden um den größten europäischen Naziaufmarsch handelt. Die Stadt Dresden war bis 2009 an den Protesten gegen den europaweiten Naziaufmarsch nicht beteiligt.
- 2010 gelang es erstmalig den gesamten Tag eine Blockade des Naziaufmarsches das Bündnis *Dresden Nazifrei*; parallel wurde durch die Stadt Dresden eine Menschenkette veranstaltet; erstmals Friedensgebete in der ganzen Stadt durch die evangelisch-lutherische Kirche, was viele Menschen ansprach, die sonst sich im Protest nicht wiedergefunden hätten;
- 2010 war ein Meilenstein, es konnte der Aufmarsch der Nazis verhindert werden;
- 2011 gab es ein roll-back in der Behandlung der Proteste -> alle Gegenproteste wurden auf die andere Elbseite verlegt (auf Basis von gerichtlich verfüigten Trennungsgebote), was sämtliche Organisationsformen der Proteste ihrer Struktur beraubte, damit war Chaos in der Stadt vorprogrammiert, da die Protestierenden sich Ihr Recht auf Protest in Sicht- und Hörweite nicht nehmen ließen; Ergebnis bekannt;
- bundesweites Unverständnis und Kritik zum Umgang der Behörden mit Bürger_innen und deren Protest;
- Dann MdL Christian Hartmann: beschreibt Protest in Sicht- und Hörweite als Möglichkeit des Protestes auch in Sachsen;
- Fortsetzung der Arbeitsrunde am Tisch der OBM, jetzt in Moderierter Form mit folgendem Ergebnis: Erarbeitung eines Grundkonsenses, der parteien- und spektrenübergreifend mit getragen wird und hinter den niemand zurück kann; Protest- in Sicht und Hörweite, keine Blockade, keine Diskriminierung oder Kriminalisierung anderer Aktionsformen, in der Vielfalt liegt die Lösung, sowohl der Akteure als auch der Aktionen; Gespräch mit DD Nazifrei von der AG 13 Februar angeboten – hat stattgefunden;

- 2012 wird es in dieser Form keinen europäischen Naziaufmarsch geben. Es wird sich auf den 13. Februar konzentriert. Hier werden die Freien Kräfte einen größeren Aufmarsch durchführen.

Fazit: Vielfältige Protestformen (Protest in Sicht- und Hörweite, Blockaden, Friedensgebete, Menschenkette, Gedenkmärsche, etc.) friedlich, gewaltfrei und verfassungskonform – können erfolgreich verlaufen.

Eine Ausgrenzung einzelner Gruppen untergräbt eine Verständigung und Deeskalation.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Erinnerungskultur ist wesentlich für den Umgang mit den Aufmärschen um den 13. Februar in Dresden.

„Lutz Rodig: „Richtig verstandene Freiheit ist nicht die Freiheit von etwas, sondern etwas zu tun“

- Unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben (Versammlungsfreiheit, Neutralitätsgebot etc.) kann auch die Polizei als Instanz der formellen Sozialkontrolle einen wichtigen Beitrag leisten, um rechten Demagogen keine Bühne zu bereiten.
- Im August 2011 hat sich in Leipzig ein breiter Widerstand aus Bevölkerung, Politik und Kirchen gegen die geplante rechte Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal formiert. Die über das gesamte Stadtgebiet von Leipzig verteilten mehr als 120 Gegendemonstrationen machten es der Polizei unmöglich, mit den vorhandenen Kräften die Sicherheit aller Veranstaltungen gleichzeitig zu gewährleisten. In der Folge wurde die rechte Kundgebung, wie auch die anderen, untersagt.
- Im Ergebnis ging von Leipzig ein deutliches Signal aus, dass „Naziaufmärsche“ in unserer Stadt nicht erwünscht sind.
- Rollenverständnis Polizei:
 - Die Polizei ist als Teil der vollziehenden Gewalt bei ihrem Tun an Recht und Gesetz gebunden. Zudem unterliegt der Beamte bei seiner Dienstaussübung dem Neutralitätsgebot. Das heißt, er hat nicht einer einzelnen Partei, sondern dem ganzen Volk zu dienen.
 - Vor diesem Hintergrund hat er im Dienst eigene Auffassungen zurückzustellen. Zu denken ist hier beispielsweise an die Absicherung von Atomtransporten oder die Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Stuttgart 21.
 - Nicht anders ist es bei der Durchsetzung der Versammlungsfreiheit rechter Demonstrationen. Das Versammlungsgesetz unterscheidet nicht nach Ideologien. Anders gesagt, wir haben kein Gesinnungsversammlungsrecht.

- Daraus sollte jedoch nicht geschlussfolgert werden, die Polizei sympathisiere mit den Rechtsextremisten. Gleichwohl muss sich die Polizei ihrer Wirkung in der Öffentlichkeit bewusst sein. Sie wird mit ihrem Tun von der Bevölkerung wahrgenommen. Deshalb bedarf es gerade bei rechten Veranstaltungen eines sensiblen Auftretens. So geschehen beim Polizeieinsatz anlässlich der Gegendemonstrationen des bürgerlichen und linken Spektrums gegen das NPD-Zentrum in der Odermannstraße im November 2011 in Leipzig, wo an diesem Tag eine Veranstaltung des Gründers der ehemaligen Wehrsportgruppe Hoffmann stattfinden sollte. Das Einsatzkonzept war so ausgerichtet, dass bei friedlichem Verlauf der Demonstrationen die Hör- und Sichtweite zum Objekt der NPD nicht durch Polizeifahrzeuge eingeschränkt werden sollte. Damit sollte der Eindruck vermieden werden, die Polizei stelle sich gegen den Protest.
- Wichtig ist, dass die Gesellschaft nicht den Rechtsextremen die Bühne überlässt, sondern durch friedliche Gegenveranstaltungen eine Kultur des Widerstandes entwickelt. Hierzu können auch Polizeibeamte in ihrer Rolle als Bürger und Grundrechtsträger beitragen. Trotz der Pflicht zur politischen Mäßigung und Zurückhaltung auch außerhalb des Dienstes können sich auch Beamte politisch sehr wohl betätigen und zur Kultur des Widerstandes beitragen.
- Zusammenwirken Versammlungsbehörden, Polizei und Anmelder:
 - Versammlungsbehörden im Freistaat Sachsen sind die Kreisfreien Städte und Landkreise.
 - Diese können Versammlungen oder Aufzüge verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wobei daran im Lichte des Artikels 8 Grundgesetz sehr hohe Anforderungen geknüpft sind.
 - Die Polizei arbeitet der Versammlungsbehörde eine Gefahrenprognose zu und berät sie hinsichtlich möglicher Auflagen.
 - Während die Versammlungsbehörde (in Leipzig) eher die rechtliche Seite im Vordergrund sieht, artikuliert die Polizei in erster Linie sicherheitsrelevante Aspekte.
 - Für die Absicherung der Versammlung und die Durchsetzung der Auflagen ist die Polizei im Zusammenwirken mit dem Versammlungsleiter zuständig.
 - Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Kooperationsgespräche mit den Veranstaltern, um Handlungsabläufe vor zu besprechen.
- Umgang mit Gewalt:
 - Der Einsatz von Gewalt, egal von welcher Seite, kann durch die Polizei nicht toleriert werden.
 - Hier werden regelmäßig Straftatbestände verwirklicht und die Polizei muss aufgrund des Legalitätsprinzips, aber auch zur Gefahrenabwehr bzw. zum Schutz von Rechtsgütern, wie Leib und Leben, zwingend einschreiten.

- Trennungsgebot
 - Die Durchsetzung des Trennungsgebotes (Trennung unfriedlicher Demonstranten von friedlichen) fällt in der Praxis zunehmend schwer, da oftmals eine Vermischung stattfindet und Handlungsräume für die Polizei eingeschränkt sind.
 - Wichtig ist, dass sich zivilgesellschaftliche Kräfte deutlich von Gewalt distanzieren, mäßigend auf Gewaltbereite einwirken und Gewalttätigen nicht den Schutz der Versammlung gewähren.
- Einschreitschwelle der Polizei:
 - Polizeiliches Handeln wird grundsätzlich durch das Auftreten der Demonstranten determiniert, wobei die Taktik der Polizei immer auf die Vermeidung von Auseinandersetzungen ausgerichtet ist.
 - Bei komplexen Versammlungslagen, wie im Februar des vergangenen Jahres in Dresden, sieht sich die Polizei zunehmend in einer „Sandwich-Funktion“. Polizeiketten werden gesprengt, um an das politische Gegenüber heranzukommen. Dabei wird auch massiv Gewalt eingesetzt. Verletzungen von Polizeibeamten werden billigend in Kauf genommen oder sogar bewusst herbeigeführt. Auch zum Schutz unserer Beamten muss es gelingen, alternative Konzepte zu entwickeln und mäßigend auf gewaltbereite Versammlungsteilnehmer einzuwirken. Hier sind alle demokratischen Kräfte gefordert. Wegschauen oder gar Beifall klatschen, bringt uns nicht weiter. Im Gegenteil, der grundsätzlich und von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit getragene Protest gegen Rechtsextremismus nimmt Schaden.“

Diskussion:

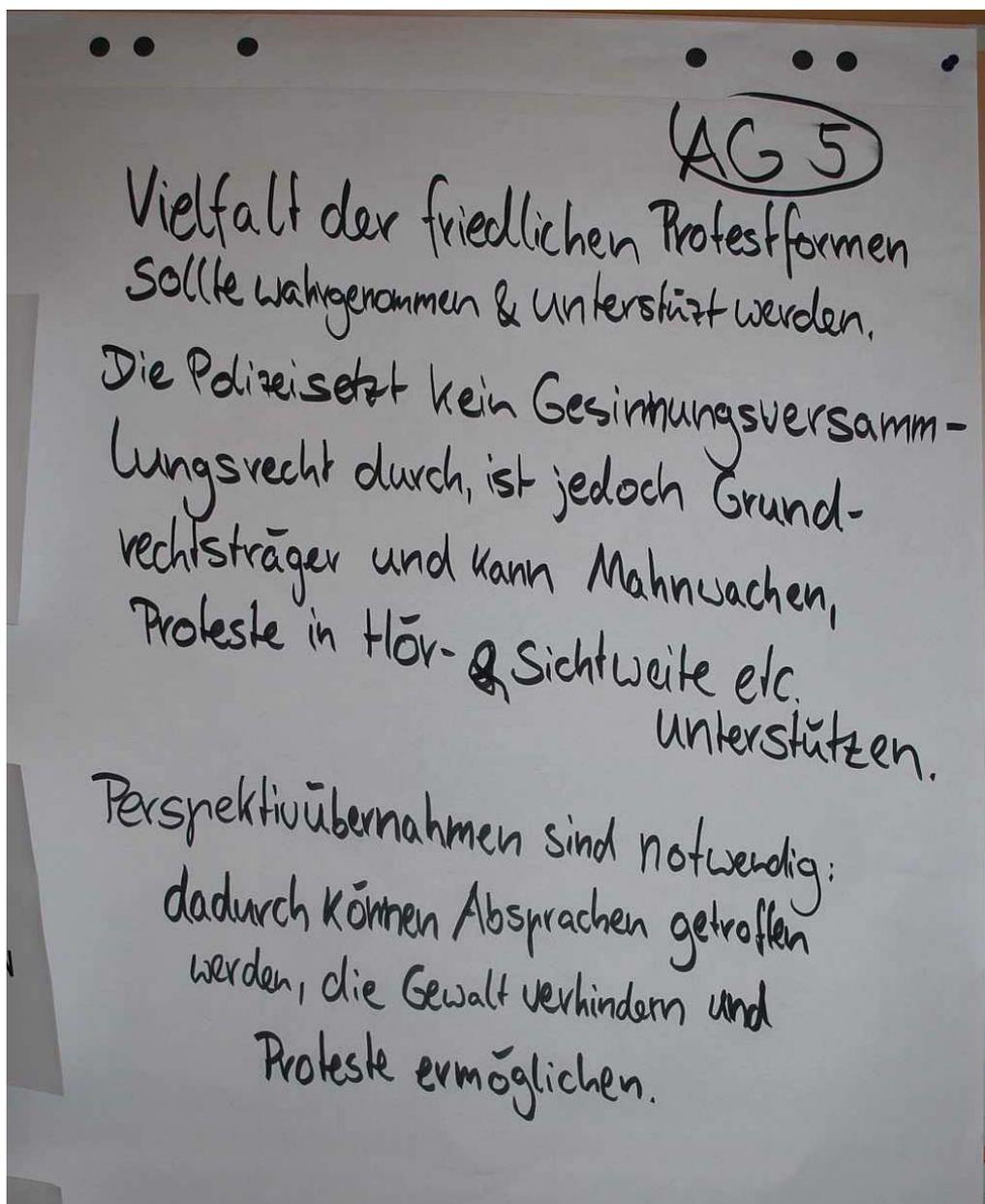
- Was kann man machen? Eine Auseinandersetzung mit dem Mythos Dresden ist wichtig. Informationsveranstaltungen können helfen, dass Menschen sich positionieren und vielleicht aktiv werden.
- Beispiel Wurzen: ein breites bürgerliches Bündnis um die Aktivitäten der Nazis zum Thema *Volkstrauertag*. Hier war es sehr hilfreich, dass sich der Bürgermeister an die Spitze des Bündnisses stellte. Nazis haben ihre „*Gedenkfeiern*“ auf einen anderen Tag verlegt – dies kann als Erfolg gewertet werden. Frage nach den Spielräumen auch von Juristen auch eine Frage an die Gesetzgeber.
- aus dem Bündnis Dresden Nazifrei wurde immer die Gewaltfreiheit postuliert. Dies wurde auch auf der Demonstration versucht umzusetzen: Demonstrant_innen haben Menschen aufgefordert nicht gewalttätig zu werden.

Perspektivübernahmen sind notwendig: Polizist_innen als auch Demonstrant_innen müssen versuchen sich in den jeweils anderen hineinzuversetzen: kann zu Absprachen führen, welche den Protesten dienen und Gewalt verhindern.

Vielfalt der friedlichen Aktionsformen sollte wahrgenommen und unterstützt werden.

Polizei setzt kein Gesinnungsversammlungsrecht durch. Sie ist jedoch Grundrechtsträger und kann Mahnwachen, Proteste in Hör- und Sichtweite unterstützen.

Ergebnis der Arbeitsgruppe



AG 6 **Was hindert uns am Widerstand? Hemmnisse erkennen und überwinden**

Experten: Oliver Schneider, Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit
 Thomas Koppehl, Superintendent NOL
Gesprächsleitung: Markus Kemper, Kulturbüro Sachsen e.V., MBT Mitte-Ost
Protokoll: Manja Richter, Steinhaus Bautzen

I: Input Superintendent NOL, Thomas Koppehl

- 2010 und 2011 gab es Konzerte von Rechtsextremen in Geheege (bei Rothenburg)
- Kirche hat Friedensgebete und Demonstrationen organisiert; Herr Koppehl beschreibt Hemmnisse bzw. Ängste von den Organisatorinnen, von Bürgerinnen und Gemeindemitgliedern
 - o Furcht vor Vereinnahmung von Parteien, speziell „Linksextremer“ bei Demonstration vernommen
 - o Zurückhaltung bei den Kirchenmitgliedern ist zu spüren „Wir wollen hier keine großen Demos machen“ „Wir geben den Rechtsextremisten das öffentliche Podium“
 - o Ärger bei den Kirchenmitgliedern gegenüber der ANTIFA- ANTIFA sagt, das Kirche zu wenig handelt- das ärgert Superintendent
 - o Sicherheit ist ein schwieriges Thema, Angst vor der rechten Gewalt

Hemmnisse überwinden, aber wie? Die Einschätzungen von Herr Koppehl:

- o An die Öffentlichkeit gehen
- o Friedensgebete
- o Hasserfüllte Sprache nicht anerkennen
- o Friedlich Entwaffnen
- o Werbung für gastfreundliche Region
- o Signale setzen

II: Input Bunter Schall als Widerhall, Oliver Schneider

- Bunter Schall als Widerhall ist Bürgerinitiative, die Plakataktion und ein Buntes Fest gegen das Deutsche Stimme Presse Fest organisiert haben

- Herr Schneider beschreibt Hemmnisse aus persönlicher Sicht bzw. von Bündnismitgliedern
 - o Viele Leute konnten sich anfangs nicht organisieren
 - o Motivation der Menschen ist da, Initialzündung fehlte
 - o Repressionen von der rechten Szene
 - o Erwartungen müssen klar gestellt werden und abgegrenzt werden
 - o Welche Erwartungen wird an einen gestellt, der das organisiert?
 - o Welche Erwartungen hat man an Bürgermeister etc.
 - o Schwierigkeiten mit anderen Vereinen, da Veranstaltungen die etwas „Gegen Rechtsextremismus macht“
 - o Stigmatisierungen / Ohnmacht bei Aussagen „ Linksextremismus ist viel schlimmer“ das hindert die Arbeit gegen Rechtsextremismus

Hemmnisse überwinden, aber wie? Einschätzungen von Herr Schneider:

- o Beteiligung von Menschen ist Voraussetzung (Jeder bringt seine Stärken ein)
- o Erfahrungen von Bürgerinnen einbringen
- o Kontakt zur Polizei aufnehmen
- o Erwartungen abklären

Diskussion/ Ergebnisse:

POLIZEI:

- Polizei bestätigt, dass NPD Veranstaltungen häufig in der Oberlausitz
- Es gibt wenig Aktionen DAGEGEN!
- Bürger sympathisieren mit NPD
- Polizei muss neutral sein
- Polizei ist kein Sprachrohr
- Polizei hat kaum Informationen über kleine Dorfstrukturen

- Polizei wünscht sich kooperative Bündnisse (z.B. Bunter Schall als Widerhall in Ostritz)

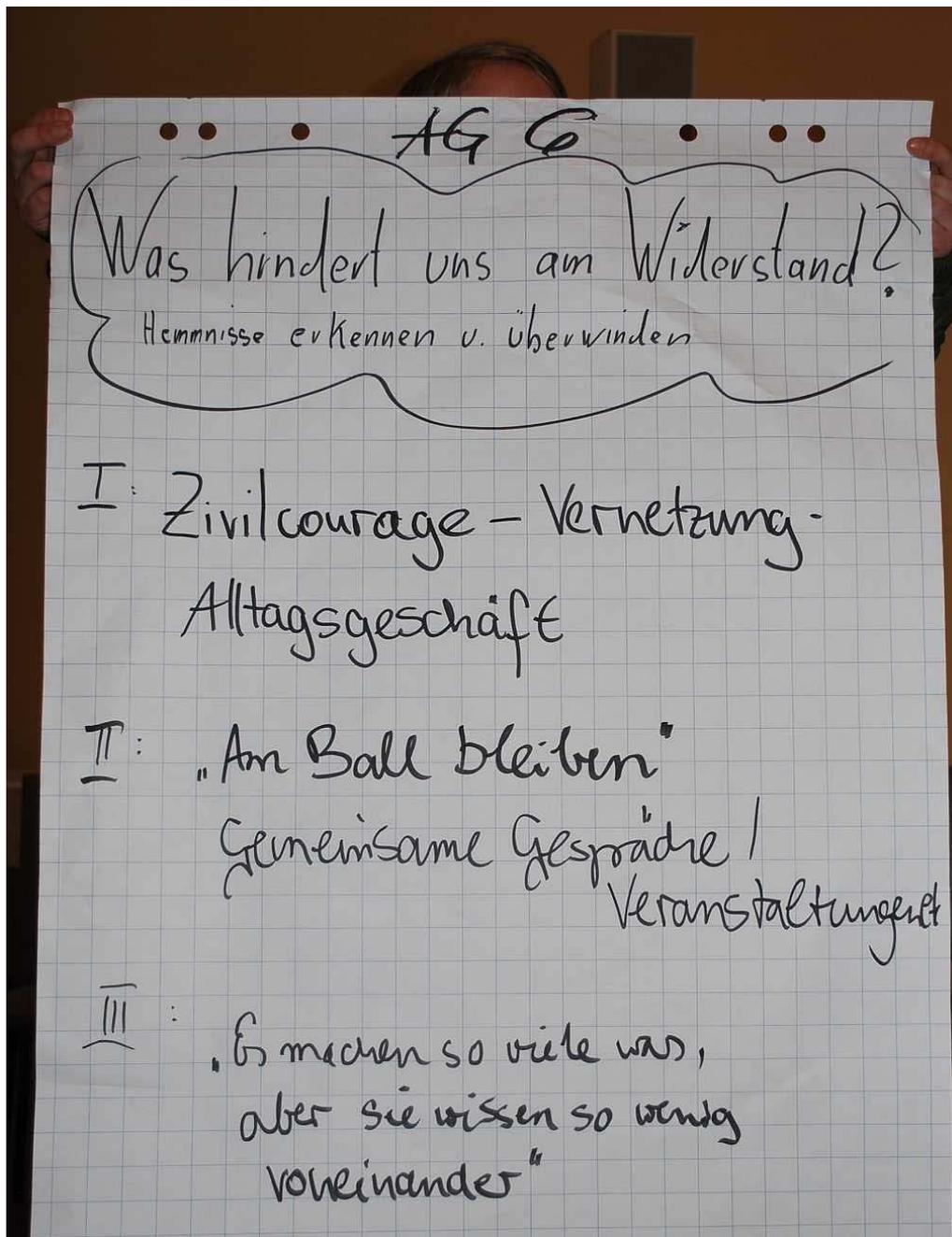
Bürgermeister:

- Angst vor schlechten Image und viel Presse
- Alltägliche Arbeit mit Bürgern wichtig

Kirche:

- Angst vor Linksextremen in den Bündnissen
- Zusammenarbeit mit Parteien schwer vorstellbar

Ergebnis der Arbeitsgruppe



AG 7 **Kirche mischt sich ein? Kirche als „zivilgesellschaftlicher“ Akteur**

Experten: Jörg Michel, Pfarrer Hoyerswerda
Ernst Opitz, Geschäftsführer Christliche Initiative für Jugend- und Sozialarbeit
Gesprächsleitung: Andreas Drese, Martinshof Rothenburg
Protokoll: Frank Hirschmann, Pfarrer Polizeiseelsorge Görlitz

In einer ersten Runde ging es um die Ausgangsfrage, warum soll sich Kirche einmischen? Ist dies etwas der Kirche ureigenes?

Herr Michel beginnt mit seiner Erfahrung aus kirchlichen Gremien und Pfarrkonventen.

Wird das Einmischen in Pfarrkonventen thematisiert, dann ist das „warum“ des Einmischens nicht klar, bzw. wird nicht wahr genommen.

Bezugnehmend auf die Frage nach dem Umgang mit ausländischen Mitbürgern liegt das Nachdenken über den Umgang mit dem/den Fremden in der Bibel nahe. Daher könnte die Frage statt „warum einmischen?“ besser lauten „warum nicht einmischen?“. Es liegt doch ein klarer biblischer Auftrag vor. Was das Einmischen zu hindern scheint ist die gedankliche Gleichsetzung, wer gegen Rechts ist, ist automatisch links. Links aber will ich nicht sein. So unterbleibt das Einmischen, solange, bis auf die Motivation zum Einmischen eine Antwort gefunden wird. Da aber herrscht eine große Sprachlosigkeit. Als Pfarrer will und soll ich für alle offen sein. Die Spannung ist, dennoch bei Annahme des Menschen sich zu artikulieren und zu positionieren, wenn es um Schwächen bei Menschen geht.

Der Glaube, wenn ich auf ihn Bezug nehme und mich von daher motiviere, kann trennend wirken, abgrenzend sein.

Formuliert wird eine These: „miteinander leben formulieren.“

Dazu ist es notwendig und geboten, sich Grundkenntnisse über „den anderen“, „das andere“ anzueignen. Wie können wir mit unserem christlichen Anspruch mit anderen leben und Leben teilen? Wichtig erscheint im Nachdenken des Einmischens darauf zu achten, dass es nicht um die Abgrenzung des Menschen geht, denn auch jeder Rechte ist ein Geschöpf Gottes. Es gilt, ihnen in Augenhöhe zu begegnen.

Deutlich wird auch, die Kirche und kirchliche Vertreter haben ein großes Potential und einen großen Vorteil gegenüber Vereinen und Organisationen, die z.B. auf öffentliche Fördermittel angewiesen sind. Die Kirche kann davon unabhängiger agieren. So kann sie eine Rolle bei Vernetzungen wahrnehmen.

Insgesamt aber ist zu bemerken, es muss an der kirchlichen Basis, wie auch bei den „Oberen“ etwas passieren.

In einer zweiten Runde wurde auf die Regionen geschaut und dabei verschiedenes angemerkt und wahrgenommen:

Feststellung aus der Region:

Es tritt eine Gewohnheit, Gewöhnung gegenüber den rechtsgerichteten Konzerten in Gehege ein. Und eine Reihe Gewerbetreibende profitieren von denen, die zu den Konzerten, bzw. zum Pressefest am Quitzdorfer See kommen.

Eine Frage zur Ursache:

Können nicht auch negative Erfahrungen, z.B. bei der Arbeitsagentur Menschen in die rechte Richtung bringen?

Herr Opitz (Weißwasser)

Herr Opitz zeigt auf, dass nicht nur in Hoyerswerda, sondern auch in Weißwasser Brandflaschen gegen das Asylantenheim geworfen wurden.

Auch Jugendliche aus der rechten Szene kamen in den offenen Treff in Weißwasser. Es bestand die Frage, wie damit umzugehen ist.

Grundorientierung: Jeder Mensch ist Geschöpf Gottes und hat Würde. Dennoch gilt es, besonders deren Würde zu achten und zu schützen, die durch die rechtsgerichteten Jugendlichen in den Dreck getreten wird. Das ist eine Gradwanderung. Wo ist die Grenze der Annahme und der klaren Abgrenzung?

Notwendig ist eine klare Abgrenzung, Grenzen setzen und Konsequenzen ziehen.

So bedeutete das in Konsequenz, den offenen Treff zu schließen, sobald rechte Musik angehört wurde. Die Kirchengemeinde Weißwasser hat über Jahre hin unspektakuläre Maßnahmen unternommen und Zeichen gesetzt, wie z.B: Gedenkminute.

Problem Quitzdorfer See: Anwohner sind zufrieden über den Betreiber, der ein guter Arbeitgeber ist.

Da gilt es den Blick zu schärfen: zu fragen, worum geht es eigentlich? Wie ist es mit der Menschenwürde?

Was können wir tun, um effektiver zu sein, um klarer gegen rechte Veranstaltungen aufzutreten:

Vernetzen mit anderen: Kirchen, Kommunen, Kooperationspartner, scheint geboten und notwendig zu sein. Und:

Gemeinsam handeln – ökumenisch (evangelisch, katholisch), d.h. Sich gemeinsam stark machen.

*Ein weiteres Problem, das wenig wahrgenommen und ernst genommen wird:
wir reflektieren die Rechtslastigkeit in unseren Gemeinde nicht.*

Auch hier ist geboten, in der Kirche Raum, Modelle schaffen, um mit der Rechtslastigkeit in Gemeinden umzugehen, die Rechtslastigkeit zu thematisieren.

In Bezug auf das Problem der Ausgrenzung gilt dies auch in der Wahrnehmung und Praxis in den Kirchen, indem Konfessionen, Denominationen einander ausgrenzen, Problemanzeige: Abendmahl.

Die Kirche hat die Chance sich einzumischen:

Kirche kann sich einmischen, wo sie Angebote schafft für die Menschen, wie Räume der Geborgenheit schaffen, oder Räume besetzen (Wohn- Lebensräume der Menschen), damit die Rechten sie nicht übernehmen können.

Die Kirche(n) sollte sich nicht nur um die eigenen Schäfchen kümmern, sondern in der Gesellschaft mitwirken und sich einbringen.

Eine Beobachtung und Erhebung zeigt allerdings ein Problem auf:

konfessionell gebundene Menschen sind eher menschenfeindlich, rechtsgerichtet, ablehnender, als nicht konfessionell gebundene Menschen.

Notwendig als Kirche ist es, nach außen zu schauen, nicht nur die Innensicht leben.

Sind Kirchenglieder toleranzfähig?

Wäre es nicht notwendig die Auswertung, die Ergebnisse der Studie „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in Sachsen in die Gremien zu bringen, Konvente, usw. um damit eine Diskussion zu eröffnen und ein Bewusstsein zu schaffen.

Kirche ist Gemeinschaft der Gläubigen. Zeugnis geben, dass ich zuerst ein Mensch bin, der den anderen genauso schätzt, weil sie Geschöpfe Gottes sind. Echtes, wahrhaftes Leben als Christ.

Es gibt ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit, nach dem, was sich geschichtlich ereignet hat.

Erkenntnis: es ist viel schwieriger in Freiheit zu leben, als in Sicherheit. Der eigentliche Auftrag ist die Freiheit zu riskieren.

Kirche ist ein „geschlossenes System“, es ist notwendig die innere Sicherheit aufzugeben und sich einzubringen.

Notwenig in die Welt gehen, nach außen gehen. „Gehet hin in alle Welt.“

Unsere wichtigste Erkenntnis:

- Lasst uns nach außen gehen, hin zu den Menschen.
- In die Welt/ Gesellschaft/ gehen (raus aus dem „Kirchen-innen-blick“), um klar Position zu beziehen.
„Menschen sind gleichwertige Geschöpfe Gottes.“ (Ratspräsident Schneider)

Was heißt das für eine weitere Arbeit in der Zukunft?

- Angst artikulieren lassen und überwinden
- Umgang mit Angst und lernen mit Angst zu leben.
- (Deeskalation ...)
- vor Ort klären (Pfarr- Mitarbeiterkonvent, Pfarrgemeinderat, Kirchenvorstand) welche Handlungsnotwendigkeiten bestehen.
- Idee: offener Brief an Gemeinden.

Ergebnis der Arbeitsgruppe

AG 7

UNSERE
WICHTIGSTE
ERKENNTNIS:

- wir bieten kein Podium für Menschen-feindliche Statments
- In die Welt/Gesellschaft/gehen (raus aus dem „Kirchen-innen-blick“) und klar* Position beziehen

WAS HEISST DAS
FÜR DIE
WEITERE ARBEIT IN
DER ZUKUNFT:

- Angst artikulieren → überwinden
Lernen z.B. Deeskalation...kurse anbieten!
- vor Ort klären (Pfarrgemeinderat, Kirchenvorstand
Pfarr- und Mitarbeit. Konvent)
welche Notwendigkeiten bestehen (z.B. offener Brief)
- * = Menschen freundlich sind gleichwertige Ebenbilder Gottes (Schneider EKD)

AG 8 **Allein gelassen ?! Wie aus Sicht Betroffener rechter Gewalt Unterstützung aussehen sollte.**

Experten: Vinzenz Baberschke, Bürger aus Radibor
 Marianne Thum, RAA Sachsen, Opferberatung
 Holger Löwe, Referatsleiter PD Oberlausitz-Niederschlesien
Gesprächsleitung: Andrea Hübler, RAA Sachsen, Opferberatung
Protokoll: Thomas Döhler, PD Oberlausitz-Niederschlesien

Verlauf:

1. Vorstellungsrunde der Teilnehmer:

2. Input durch Experten: „Betroffenenproblematik“

- Holger Löwe: polizeiliche Sichtweise
- Marianne Thum: aus Sicht der Opferberatung, Möglichkeiten der Opferberatung
- Vinzenz Baberschke: aus Sicht eines Betroffenen

3. Diskussion: Erörterung der Thematik an Hand konkreter Beispiele (z.B. Ereignisse 2008 in der Gemeinde Radibor)

Anerkennung / Akzeptanz für unterschiedliche Sichtweise auf Ereignisse / Maßnahmen (Perspektivenwechsel)

Stellung/Einflussnahme der Justiz wurde kritisch hinterfragt (zu lange Verfahrenszeiten!!!)

FAZIT:

Wichtigste Erkenntnisse:

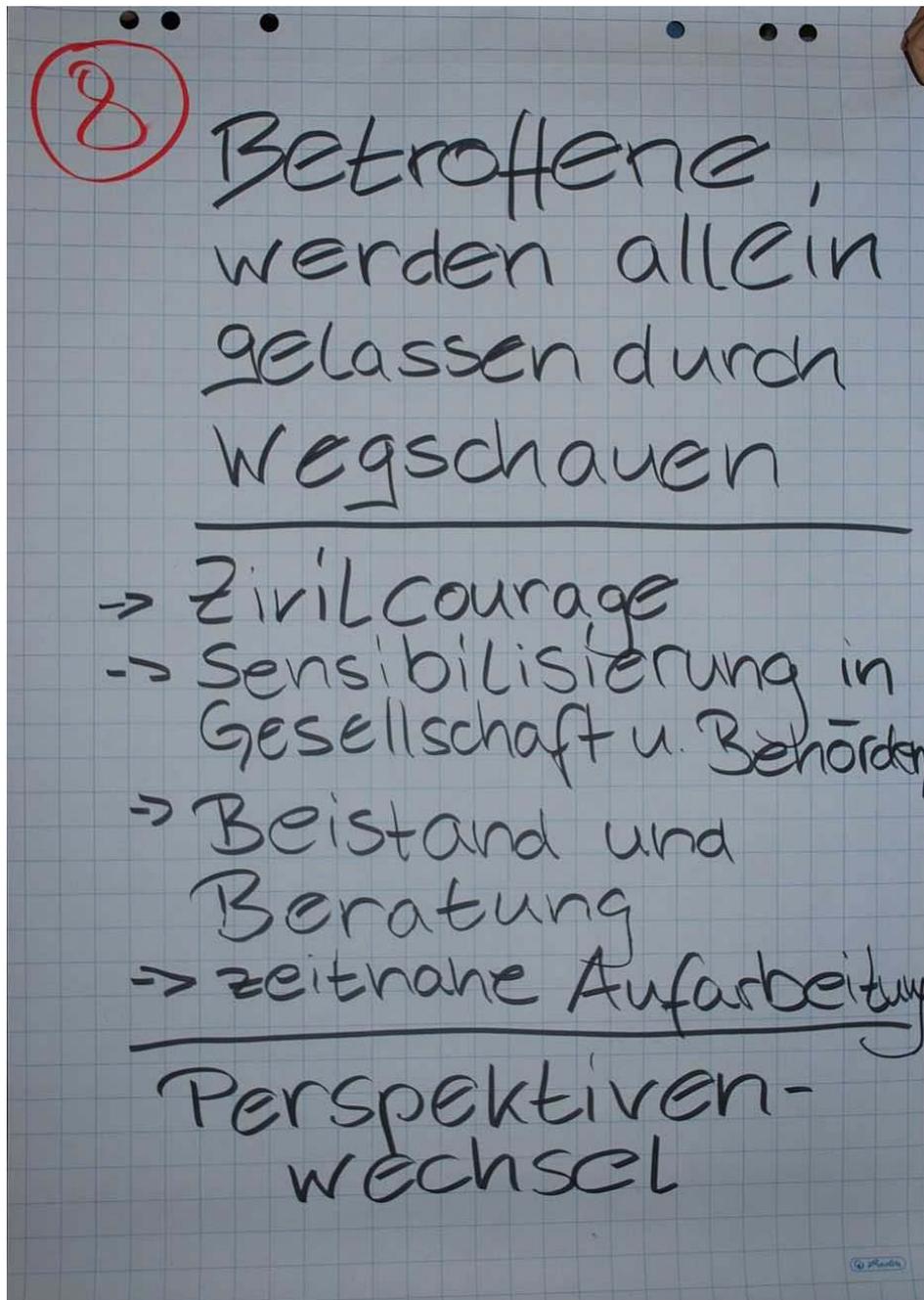
- Betroffene werden allein gelassen durch „Wegschauen“
- Betroffenenhilfe ist mehr als Opferschutz

Für die Weiterarbeit:

- Zivilcourage ist gefordert
- Sensibilisierung in Gesellschaft und Behörden ist notwendig
- Beistand und Beratung
- Zeitnahe Aufarbeitung von Ereignissen

AHA – Erlebnisse: „Perspektivenwechsel“ (unterschiedliche Sichtweisen)

Ergebnis der Arbeitsgruppe



AG 9 **Heimat – Volk – Familie. Missbrauchte Werte.**

Experten: Michael Nattke, Fachreferent Kulturbüro Sachsen e.V.

Gesprächsleitung: Dr. Harald Lamprecht, Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Protokoll: Kathrin Wallrabe, Gleichstellungsbeauftragte der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Input Michael Nattke

- Frage die sich an den Anfang stellt: Sind Heimat, Volk und Familie überhaupt Werte?
- Und wenn ja: Wer missbraucht sie und für was?
- Wenn die Behauptung im Raum steht, dass Rechtspopulisten oder Neonazis diese Begriffe missbrauchen, dann würde ich dem widersprechen
- Neonazis, Rechtspopulisten und andere benutzen diese Begriffe in genau jener Bedeutung, wie sie in der Mehrheitsgesellschaft vorhanden sind
- Sie missbrauchen diese Vokabeln nicht, sondern verwenden sie – und das kann man auch keinem Menschen und keiner Organisation verbieten
- Wichtiger als anderen vorzuwerfen, dass sie irgendetwas für sich missbrauchen, ist der kritische Blick auf sich selbst, mit der Frage: Benutze ich bestimmte Dinge für mich vielleicht falsch oder nicht reflektiert genug?

Heimat

- Heimat ist umso schöner, je weiter sie weg ist – sowohl zeitlich als auch geographisch
- Zwei Formen von Heimat sind unterscheidbar: 1.) die erinnerte Heimat und 2.) die wirkliche Heimat
- Erinnerte Heimat: ist ein imaginärer Ort voller Utopien und Nostalgien; Vertrauen und Geborgenheit; ein Ort der in einer verklärten Phantasiewelt existent ist, aber nicht real vorhanden ist; ein Wunschtraum, den man so nur bei sich selbst finden kann
- Wirkliche Heimat: ist ständigen Veränderungen unterworfen – Menschen sterben, Häuser werden abgerissen, Betriebe schließen, Straßen werden saniert, Bäume gefällt, Leute gehen weg/andere Menschen kommen hinzu etc. pp.;
- Heimat ist in unserer Vorstellungswelt verbunden mit einem Stillstand, den es in der Realität so nicht geben kann: deshalb gibt es stets Disharmonie zwischen der erinnerten und der wirklichen Heimat
- Jede Heimat, wenn sie gerade errungen wurde, ist auch schon wieder verloren

- Wir sollten uns von unseren verklärten Vorstellungen von Heimat als etwas Statischem verabschieden und die Veränderungen/den Wechsel als etwas positives begreifen

Familie

- Von der Familie existiert meistens ein verklärtes, rückwärtsgewandtes und eindimensionales Bild
- Die Frage ist: Wer und was gehört in unserer Vorstellungswelt zu einer Familie? Wer und was kann Familie sein?
- Ist Familie automatisch die heterosexuelle Zweierbeziehung mit Kindern?
- Kann es ohne Kinder überhaupt Familie geben?
- Sind zwei Männer die sich lieben und zusammen leben für uns auch eine Familie? Wenn nein: Warum nicht?
- Wenn drei Männer und zwei Frauen zusammen leben und eine polygame Beziehung führen: ist das für uns eine Familie? Wenn nein: Warum nicht?
- Wenn drei Frauen eine offene Dreierbeziehung miteinander leben und unterschiedliche Lebensmittelpunkte haben, sich aber als Familie verstehen. Ist das dann für uns auch eine Familie? Oder nur dann wenn sie sich eine Wohnung teilen?
- Wer hat die Definitionsmacht darüber was Familie ist?
- Meine These ist: weil wir so ein verengtes Familienbild haben und propagieren, dass mit realen Lebenkonstellationen nicht übereinstimmt, ist es für die Rechtspopulisten und Neonazis besonders leicht bei diesem Thema zu punkten: sie knüpfen an die längst überholten (und zum Glück der Vergangenheit angehörenden) Familienvorstellungen an
- Wäre in unserer Gesellschaft ein moderneres, offeneres Familienbild etabliert; wäre es endlich eine Selbstverständlichkeit, dass zwei Männer heiraten und Kinder adoptieren könnten, dann wären die Familienbilder der Rechtspopulisten/Neonazis irrealer Traumwelten, die keine Anschlussfähigkeit an die Mehrheitsbevölkerung hätten
- Wenn sie mit ihren Familienvorstellungen Menschen erreichen können, dann liegt das an der Rückständigkeit der verbreiteten Vorstellungen innerhalb unserer Gesellschaft und nicht an einem Missbrauch der Begriffe durch die Rechten

Volk

- Und auch der Begriff des Volkes wirft mehr Fragen als Antworten auf
- Wer gehört zum Volk? Alle Staatsbürger? Alle Menschen die in einem bestimmten Gebiet leben? etc. pp.
- Beispiel: rechtspopulistische Wählervereinigung „Arbeit, Familie, Vaterland“, die in Ostsachsen aktiv ist
- Ablehnung von Homosexuellen und Zuschreibung klassischer Rollenbilder für Frauen als Programmatik
- Sympathie für die „Beendigung der Geschlechtermacherei“-Antrag der NPD
- Familie ist laut AFV-Chef Nietzsche ein „klassischer Zusammenschluss, das heißt Vater, Mutter und Kind“; daneben lässt er nichts als Familie zu
- Gesetzliche Gleichbehandlung homosexueller oder transsexueller Lebensgemeinschaften mit heterosexuellen Ehen wird kategorisch abgelehnt
- Offene, demokratische Gesellschaft kann niemals gleichförmig und einheitlich sein
- Menschen haben unterschiedliche Interessen, Ziele, Lebensentwürfe und auch unterschiedliche sexuelle Vorlieben -> sich zu diesen zu bekennen und sie ausleben zu können, gehört in einer demokratischen Gesellschaft zu den grundlegenden und verfassungsmäßigen Menschenrechten

Diskussion

Toleranz als absoluter Wert?

Was heißt das für die Weiterarbeit? → siehe Flipchart AG 9

Heimat als offener Begriff → nicht als Abgrenzung

- Werte müssen von Demokraten positiv gefüllt und gelebt werden
- Sicherheit (Sehnsucht nach Sicherheit ernst nehmen)
- Diskurs über Ängste zulassen, verschiedene Meinungen/ Tabuthemen zulassen
- Es bedarf Bildung, um differenzierte Welt zu begreifen. → Sehnsucht nach einfachen Antworten → Illusionen
- Vertrauen nötig, um sich, andere auf komplizierte Fragen offen einzulassen

Ergebnis der Arbeitsgruppe

(AG 3)

① Heimat positiv füllen,
+ selbst leben was ich mag, ich bin Heimat für andere
z.B. als Gemeinde

- Nicht von Anfang an Stigmatisieren
 - ↳ glaubwürdig für eigene Position eintreten
 - ↳ Werte nicht Anderen verweigern, für die man eintritt
 - ↳ Zivil Ungehorsam ja oder nein? - Grenzen beachten!
- Begriffe werden unterschiedlich definiert
 - ↳ Wann schließe ich ein oder aus?
- ↳ Heimat → meine Kindheit oder Kindheit d. Eltern?
 - ↳ Abwertung von Flüchtlingen (Heimat als aktueller Ort)
- ↳ Nur mit Bildung Begriffe mit ~~dem~~ Niveau zu füllen
- ↳ Sicherheit geben → Sehnsucht nach Sicherheit, nach Heimat, Familie, Arbeit
 - ↳ Eheborgenschaft
- ↳ Vertrauen nötig!

③ Diskussion mit Andersdenkenden!
Singen deutscher Volkslieder, nicht kampflas d.
Be. überlassen.

Für sich selbst klären, was Vaterland ist.

- ↳ Wie äußert sich das im Umgang mit anderen (Nationalstolz)
- ↳ Verbindet sich dies mit Vorurteilen oder erweitert es den Horizont?
- ↳ sich um Begegnungen bemühen.

AG 10 Mehr Demokratie wagen - auch in der Schule

Experten:	Heiko Jahn, Berater für Demokratiepädagogik Jörg Norbert Rasch, Berater für Demokratiepädagogik Danilo Ziemer, NDC
Gesprächsleitung:	Johannes Neudeck, Beauftragter für Friedens- und Versöhnungsarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens
Protokoll:	Karla Groschwitz, Diakonisches Werk im Kirchenbezirk Auerbach e.V.

Für das Thema der AG 10 interessierten sich außer den o.g. Mitwirkenden sieben Teilnehmende. Zwei Experten kamen direkt aus dem Bereich Schule. Ein Experte aus der außerschulischen Bildungsarbeit, vom Verein Courage- Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit. Demokratie als Gesellschaftsform mündiger Bürger: Der mündige Bürger muss erst entstehen – Schüler sind die Bürger von morgen - wie können Kindern Erfahrungen vermittelt werden, dass es sich lohnt die Gemeinschaft aktiv mit anderen zu gestalten?

Die beiden Berater für Demokratiepädagogik Heiko Jahn und Jörg Norbert Rasch stellten ihre Arbeit mit Unterstützung von PowerPoint-Präsentationen dar (sind dem Protokoll beigelegt).

Der Schwerpunkt des ersten Beitrages von Heiko Jahn lag auf der Vorstellung eines Unterstützungssystems für Schulen, mit Focus auf Mediation / Streitschlichtung als Teil der Demokratiepädagogik. *Mediation: das Ergebnis kommt von den Parteien / Streitschlichtung: das Ergebnis kommt vom Schlichter.*

Als Zielvorgabe sollte in jeder Klasse mindestens ein Streitschlichter eingesetzt werden. Die Akzeptanz/ Aktivierung der Streitschlichter erfolgt durch Kompetenztage.

Schulen können zur Unterstützung ihrer Arbeit und von Projekten Demokratiepädagogen anfordern: [unterstuetzungssystem@sba\(d,c,l\).smk.sachsen.de](mailto:unterstuetzungssystem@sba(d,c,l).smk.sachsen.de) . Nur **fünf** sind den sächsischen Bildungsagenturen zugeordnet! Sie sind zugleich als Lehrer_innen in ihrer Stammschule tätig. Für die übergreifenden Aufgaben wurde die Wochenstundenzahl abgesenkt. Ungefähr ein Tag/Woche steht ihnen dafür zur Verfügung.

Wie Demokratiepädagogik aussehen kann und welche Erfahrungen es damit gibt, wurde im zweiten Beitrag von Jörg-Norbert Rasch, auch am Beispiel der Mittelschule Wilthen, vorgestellt. Die Ziele der Demokratiepädagogik – Vorteile der Demokratie erkennen und viele ins Boot holen - etwas provokativ formuliert: in „Schulen Freude und Innovation der Schülerschaft durch Partizipation unter Anwendung regelmäßiger Evaluation und Feedback-Kultur zu wecken“ (s.letzte Folie Projekt Wilthen)

Problematisch und bedauerlich ist es, dass Projekte zeitlich begrenzt sind und nicht zeitnah evaluiert werden.

Danilo Ziemer von der Dresdner Courage- Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. machte die Anwesenden dann mit der außerschulischen Projektarbeit des Vereins bekannt. Seit 11 Jahren ist der Verein in 11 Bundesländern aktiv. Junge Menschen werden zu Teamenden ausgebildet. Sie treffen sich regelmäßig in den Teams zum Austausch und internen Weiterbildungen und arbeiten ehrenamtlich mit den Schülern. Hauptarbeitsfeld sind Projekttag (verschiedene Konzepte) zu den Themen *Vorurteile, Rassismus und Zivilcourage*. Sinn der Arbeitsweise ist es, in großer Methoden-vielfalt mit Schülern ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen, Demokratie nicht als Parole zu sehen, sondern sie selbst zu füllen und zu erleben.

Angeregt hat der Beitrag zum Gespräch über:

Demokratie kann/soll nicht ausformuliert werden. *Demokratie* = Teilhabe/ Bereiche auf die ich Einfluss habe. *Demokratie* muss verhandelt werden - Grenze sind die feststehenden Menschenrechte.

Demokratie ist ein offener Prozess, verlangt Austausch.

Wieso lassen wir uns Demokratie nichts kosten – Mittel, Zeit, Geld, Bereitschaft sich auf den Prozess einzulassen?

Die Kürze der Zeit ließ es leider nicht zu, sich intensiv auszutauschen und die Fülle an geballtem Expertenwissen für den Austausch zu nutzen.

Ergebnis der Arbeitsgruppe

